

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Nachdem ein inhaltlicher Zusammenhang gegeben ist, schlage ich vor, den dringlichen Antrag der ÖVP „Neues Vergabemodell bei Gemeindewohnungen“, den Antrag der SPÖ „Gläserner Akt/mehr Transparenz bei der Wohnungsvergabe“ und den Antrag der FPÖ „Flexibles System der Mietzinsbildung im sozialen Wohnbau“ zusammenzufassen und gemeinsam zu behandeln. Jetzt einmal hintereinander die Berichterstattungen zu machen und dann in einem die Dringlichkeit und dann nach Abstimmung der Dringlichkeit die Inhalte der Anträge zu besprechen und zu beschließen.

1) Neues Vergabemodell bei Gemeindewohnungen

GR. **Hohensinner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrter Gemeinderat! Ich werde auch ganz kurz unseren Antragstext, den Motivenbericht, halten, weil wir eben drei Initiativen in diese Richtung haben. Ich habe auch mit einigen Fraktionen bereits vor zwei Wochen die Inhalte besprochen, umso begeisterter bin ich heute, dass wir gleich drei dringliche Anträge zu diesem Thema haben. Ich habe gehört, dass die zuständige Stadträtin Elke Kahr auch gegenüber der Zeitung argumentiert hat oder hätte, ich weiß nicht, ob das wirklich so stimmt, dass du jetzt froh bist, weil eigentlich hast du in der letzten Zeit dieses Thema besetzt und weil jetzt das Wohnungsthema auf Bundesebene ausgebreitet wird, nehmen sich alle anderen Fraktionen auch um dieses Thema an. Liebe Elke, ich sage dir, das ist nicht so, wir wollen nur gemeinsam die Reformstaubremse lösen und ich glaube, das wird

uns heute auch gelingen, weil du hast ja auch schon durchklingen lassen, dass du unseren dringlichen Antrag unterstützen wirst. Unser dringlicher Antrag unterstützt oder umfasst alle drei dringlichen Anträge und wir werden aus diesem Grund auch den anderen zwei dringlichen Anträgen unsere Zustimmung erteilen. Unser Antrag nimmt das gesamte Vergabemodell unter die Lupe. Kurz die Geschichte: Das Vergabemodell wurde ursprünglich 1989 kreiert, damals von Werner Stoiser, und vergibt sozusagen die insgesamt jetzt 10.500 Gemeindewohnungen, und zirka 4.300 sind im Besitz der Stadt Graz. Wir wollen mit diesem dringlichen Antrag eine sehr sachliche Diskussion, die wahrscheinlich jetzt über ein Jahr dauern wird und zu führen sein wird, einleiten. Wir haben auch schon in der Partnerschaft beschlossen, dass wir bis Anfang 2014 auch Teile oder die größten Teile des Wohnungsamtes in einen Eigenbetrieb überleiten möchten. In dieser Zeit wollen wir nicht nur strukturell arbeiten, sondern auch inhaltlich. Unser dringlicher Antrag umfasst hauptsächlich drei Aspekte, das ist einmal das Punktesystem. Der gesellschaftliche Wandel hat zu gravierenden Veränderungen der Wohnbedürfnisse geführt, man braucht sich nur die Familien anschauen, es gibt Patchwork-Familien, sehr viele Singlewohnungen, Großfamilien mit Migrations-Hintergrund, das ist das eine, auf das gehört eingegangen. Die SPÖ hat einen dringlichen Antrag, wo mehr Transparenz gefordert wird, auch das können wir unterstützen, weil ich habe lange und ausgiebig mich mit dem ganzen Modell auseinandergesetzt und es gibt einmal den Zeitpunkt der Antragstellung und zum anderen gibt es auch die Bewertung nach Punkten. Wie genau dann die Reihung erfolgt, haben wir nicht herausgefunden. Ich weiß, dass das sehr komplex ist. Aber für den Außenstehenden ist das fast unmöglich zu wissen, wo man gerade steht und wie man eingeordnet wird, also der dringliche Antrag der SPÖ wird deshalb von uns auch unterstützt.

Die Voraussetzungen für die Antragstellung selbst: Früher war das so, dass ein bis zwei Jahre Hauptwohnsitz Graz Voraussetzung war, das Gleiche gibt es in Wien, da ist die Voraussetzung, dass man einmal ein Jahr in Wien gemeldet war, in Graz kann man ab dem Zeitpunkt, wo man den Hauptwohnsitz meldet, sofort auch den Antrag auf

eine Gemeindewohnung stellen. Wir glauben, dass das zu überdenken ist, und der dritte Punkt ist der Punkt, der auch von der freiheitlichen Partei mit ins Spiel gebracht worden ist, in Salzburg gibt es schon so ein Modell, nämlich dass man die Einkommensverhältnisse nicht nur zum Zeitpunkt der Antragstellung anschaut, sondern periodisch. Wir könnten uns vorstellen wie in Salzburg, dass man das alle zehn Jahre anschaut, und sollte einer wirklich es geschafft haben und das wünschen wir uns, dass er mehr verdient, dass er vielleicht auch einen Solidarbeitrag dann leistet.

Weil wir ein zeitgemäßes, faires, soziales und transparentes Vergabemodell entwickeln wollen gemeinsam, stellen wir folgenden

dringlichen Antrag:

Die für Gemeindewohnungen zuständige Stadträtin Elke Kahr und das städtische Wohnungsamt werden ersucht, unter Einbeziehung der Wohnungssprecherinnen und –sprecher aller im Gemeinderat vertretenen Fraktionen das derzeitige Vergabemodell der Gemeindewohnungen hinsichtlich der im Motivenbericht beschriebenen Herausforderungen zu prüfen und einen diesbezüglichen Ergebnisbericht bis spätestens Jänner 2014 dem Wohnungsausschuss vorzulegen. Ich bitte um Annahme (Applaus ÖVP).

StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 14.31 Uhr den Vorsitz.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Nachdem offensichtlich drei Anträge gleichzeitig behandelt werden sollen, eben den vorgetragenen von der ÖVP, dringlicher Antrag von Gemeinderätin Katholnig von der SPÖ über den gläsernen Akt, mehr Transparenz bei der Wohnungsvergabe und von der FPÖ flexibles System der Mietzinsbildung im sozialen Wohnbau. Frage, ist die Dringlichkeit damit nicht gegeben für alle drei Anträge, dass wir gleich zum Inhalt diskutieren können? Nachdem ohnehin, selbstverständlich werden sie vorgetragen, aber dass man das gleich zum Inhalt machen können und über die Dringlichkeit nicht eigens abstimmen muss.

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Für mich und für die KPÖ-Fraktion, wir haben ja die Anträge gelesen, das ist nicht notwendig, es vorzutragen, aber ich möchte nur sagen, dass wir der Dringlichkeit bei der Gemeinderätin Katholnig und beim Herrn Gemeinderat Sippel dagegen stimmen werden, sehr wohl der Dringlichkeit.

Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Ich habe ihn noch gar nicht eingebracht, daher können Sie gar nicht dagegen sein.

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Wenn er eingebracht werden würde, weil die Diskussion ist, ob sie es vorbringen oder nicht.

2) Gläserner Akt/mehr Transparenz bei der Wohnungsvergabe

GR.ⁱⁿ **Katholnig** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Katholnig**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Graz, die Bevölkerung steigt, anscheinend ist es in Graz sehr schön, die Lebensqualität ist sehr gut, aber es gibt viel zu wenig Wohnungen und viel zu wenig leistbares Wohnen. Und auch gibt es sehr lange Wartezeiten, was Gemeindewohnungen eben betrifft. Da kennt man sich nicht ganz aus und wenn man dann wirklich einmal das Glück hat, dass man eine Gemeindewohnung angesucht hat, weiß man nicht, an wievielter Stelle man ist. Man kann das nicht nachverfolgen, man gibt das ab, man bekommt ein Schreiben, dass das eingelangt ist, aber man kann nachher nicht mehr nachverfolgen, an wievielter Stelle bin ich, gibt es mehr Punkte, gibt es weniger Punkte als ich, also ich habe da überhaupt keinen Einblick mehr, dass ich weiß, wie meine Chancen sind, wie ich meine Lebensplanung gestalte, wann sich irgendwas in dieser Zeit ändern wird. Ich weiß nicht, ob ich 255 Punkte habe, ob wer viel mehr Punkte vor mir hat und dadurch ist unser Vorschlag, den „gläsernen Akt“, wo ich mich vielleicht mittels Code einloggen kann, wo ich weiß, ich bin an soundsovielter Stelle, ich habe soundsoviele Punkt, ich bin an fünfter Stelle, ich kann rechnen damit, dass ich in absehbarer Zeit eine Gemeindewohnung bekomme oder es können sich auch meine wirtschaftlichen Verhältnisse ändern, es kann sein, dass ich mehr oder weniger Einkommen habe, dass Familienzuwachs gekommen ist oder auch Personen nicht mehr in diese Planung hineinfallen, die vielleicht ausgezogen sind und das kann ich mittels Code, da habe ich, wir sind bei E-Government und wir können alles schon machen, wieso kann ich nicht mittels Code einsteigen und gebe meine aktuelle Situation und weiß aber auf der anderen Seite, an soundsovielter Stelle bin ich.

Daher stellt die SPÖ-Fraktion den

dringlichen Antrag:

Die zuständige Wohnungsstadträtin wird beauftragt, die Möglichkeiten der Einführung eines „gläsernen Aktes“ gemäß Motivenbericht für den Bereich der Wohnungsvergabe zu überprüfen; dem Gemeinderat bis Juli dieses Jahres einen entsprechenden Bericht vorzulegen (*Applaus SPÖ*).

Weiters stimmt die SPÖ-Fraktion den Anträgen der ÖVP und FPÖ vollinhaltlich zu.

3) Flexibles System der Mietzinsbildung im sozialen Wohnbau

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Auch wenn es mir jetzt schwerfällt wahrscheinlich, die Elke Kahr zu überzeugen, möchte ich trotzdem meinen Antrag einbringen. In der Tat, SPÖ, ÖVP und wir marschieren da in eine ähnliche Richtung, weil wir ähnliche Stoßrichtung mit unseren Ansinnen, wenngleich unser Antrag ein sehr konkretes Modell hier auch anspricht. Nicht nur ein konkretes Modell, sondern auch ein faires Modell, ein Modell, das für Gerechtigkeit steht und ich glaube, das ist durchaus etwas, was sich auch die KPÖ immer wieder auf die Fahnen heftet, Gerechtigkeit, deswegen wundert es mich eigentlich schon, dass ihr da eigentlich das ablehnt, dass man hier auch im sozialen Wohnbau, der immer wieder sehr viel öffentliches Geld auch benötigt, hier nicht auch einmal ansinnt, wie man auf faire Art und Weise zu Mehreinnahmen kommen kann, die dann ja auch den wirklich sozial Bedürftigen oder die halt keine Chance haben, ihre Einkommenssituation zu verbessern, auch zugute kommt. Das ist unser Ansinnen, resultieren tut das auch aus einer, und das sage ich hier ganz offen, einer nicht zufriedenstellenden Anfragebeantwortung aus der letzten Sitzung. Meine Kollegin Andrea Schartel hat Sie ja gefragt nach einem Evaluierungssystem, sie hat sich erkundigt danach, dass eben

die tatsächliche Bedürftigkeit der Wohnungsinhaber in regelmäßigen zeitlichen Abständen überprüfen und erfassen sollte und dann haben wir uns gedacht, wenn das so ist, dass Sie nicht bereit sind, dann werden wir uns hier eben auch Gedanken machen und eben so ein konkretes Modell, das wir selbst nicht erfunden haben, Kurt Hohensinner hat das schon gesagt, aus Salzburg stammt, aber das sehr, sehr gut ist, dass wir das auch hier in Graz zur Debatte stellen und in Form dieses dringlichen Antrages einbringen.

Um was geht es? Es geht nicht darum, Leute, die eben etwas mehr an Einkommen erzielen, weil die Einkommenssituation sich verbessert, zu kündigen oder hinauszuekeln aus der Gemeindewohnung, sondern ganz einfach hier eine Anpassung vorzunehmen, eine Mietzinsanpassung vorzunehmen, damit auch gewisse Wahlmöglichkeit entsteht, dass man sagt, ok, auf der einen Seite bin ich bereit... entweder bin ich bereit, auf der einen Seite etwas mehr zu leisten an Mietzinsen im sozialen Wohnbau oder ich schaue mich am privaten Wohnungsmarkt um und ermögliche dadurch wieder anderen Menschen den Zugang zu einer Gemeindewohnung. Und das ist eben, wie gesagt, das Salzburger Modell. Konkret zu dem Procedere, wie soll das ausschauen. Also im Fall einer tatsächlichen inflationsbereinigten Einkommenserhöhung um 10 %, und es ist eben unser Vorschlag, sollte es zu einer 5-%igen Erhöhung des Mietzinses gemessen an der Höhe des ursprünglichen Mietzinses kommen. Als Sicherheitspolster sozusagen ist aber auch eine Erhöhung des Mietzinses, auch bei stark angestiegener Einkommenssituation mit dem Erreichen des jeweiligen Kategorie-Mietzinses gedeckelt. Also damit das nicht ins Unendliche geht sozusagen, hat man da quasi diese Sicherheitsstufe und das wäre eben unser konkreter Vorschlag, hier eine 5-%ige Erhöhung des Mietzinses vorzunehmen. Auf der anderen Seite natürlich sollte sich die Einkommenssituation verschlechtern, sollte das natürlich eben auch in der anderen Richtung dazu führen, dass eben 5 % weniger an Mietzins letztendlich verlangt wird, und nachgewiesen soll das im über die Nachweisung des

Jahreseinkommens bei dem zuständigen Sachbearbeiter und wenn Sie da vielleicht dann argumentieren werden, dass das ein großer bürokratischer Aufwand ist, dann kann ich Ihnen auch gleich sagen, dass es hier natürlich um eine Selbstbemessung geht, das haben wir ja auch im Bereich der Steuererklärung so und ich glaube, das wäre auf jeden Fall eine machbare Angelegenheit und da kommt es auf keinen Fall zu einer Überbelastung auch des städtischen Wohnungsamtes.

Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates der Stadt Graz, insbesondere Frau Stadträtin Elke Kahr, werden ersucht, die im Motivenbericht dargelegte Vorgehensweise zu überprüfen und die notwendigen Schritte zu einer Umsetzung detailliert auszuarbeiten, um dem Gemeinderat spätestens im September hierüber Bericht erstatten zu können. Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin jetzt ein bisschen verunsichert, weil ich nicht weiß, ob diese drei dringlichen Anträge der drei Paktparteien zur gleichen Sache oder fast gleichen Sache zeichnet, ob besonders gut oder von schlechter...kann ich nicht sagen, das ist mir jetzt nicht ganz klar....

Zwischenruf unverständlich.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Kann Zufall auch sein, dann ist es keine Koordination, ist egal. Die Sache an sich ist wichtig und dringlich, ich glaube schon, dass man da hinschauen soll zu den einzelnen Dingen, da melden wir uns noch beim Inhalt zu Wort, aber wir Grünen sind der Ansicht, dass man da schon hinschauen soll bei dem Wohnungsvergabemodell, ob Verbesserungsmöglichkeiten da sind, deswegen alle drei aus unserer Sicht dringlich (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit des ÖVP-Antrages wurde einstimmig angenommen.

Die Dringlichkeit des SPÖ-Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.

Die Dringlichkeit des FPÖ-Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. **Dreisiebner** zum Antrag: Kurz möchte ich noch auf den Gerhard Wohlfahrt zurückkommen beziehungsweise dort weitermachen. Wenn ich mir nämlich die Antragstexte anschau, dann hat der Gemeinderat beziehungsweise der Ausschuss für Wohnungsangelegenheiten in den nächsten Monaten sehr häufig mit ein- und derselben Frage zu tun. Laut SPÖ soll im Juli dem Gemeinderat ein Bericht vorgelegt werden, laut FPÖ im September, die ÖVP wünscht den Bericht im Ausschuss im Oktober. Ok, ich scheue mich nicht vor der Arbeit...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Dreieibner**: Ich habe die Schriftunterlage verwendet, aber ich nehme auch das zur Kenntnis. Also auf jeden Fall relativ viel in nächster Zeit zu tun. Ich scheue mich nicht vor der Arbeit, würde aber empfehlen, dass man das versucht ein bisschen zusammenzuziehen, je nachdem, wie die Ergebnisse ausgehen. Zum ÖVP Antrag, Kurt Hohensinner, wir werden das auch im Inhalt unterstützen, wir würden aber gerne über einen Punkt noch speziell diskutieren und auf den mag ich noch ein bisschen eingehen, nämlich Neu-GrazerInnen beziehungsweise Menschen, die hier nur ihren Arbeitsplatz haben und keinen Wohnsitz, von vorneherein auszuschließen und da eine Frist einzuziehen, das möchte ich noch ausführlich mit den FachbeamtInnen beziehungsweise FachkollegInnen diskutieren, weil...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Katholnig: Haben keinen Anspruch.

GR. **Dreieibner**: Naja, sie haben einen Anspruch, weil wir auf der anderen Seite sehr froh sind, wenn wir statt Nebenwohnsitz-GrazerInnen oder PendlerInnen Hauptwohnsitz-Grazer haben.

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Dreieibner**: Und unser Zugang wäre, ob man das nicht vom Anfang an belässt. Entschuldige, wenn das missverständlich war beziehungsweise das zumindest in

Diskussion bringt, das wäre unser Ansatz dazu. Wie gesagt, wir stimmen zu, es geht ja nur um eine Diskussionsgrundlage beziehungsweise um eine Beauftragung der Abteilung der Frau Stadträtin. Das Zweite, zum SPÖ-Antrag von der Kollegin Katholnig. Wir werden auch dem zustimmen, wir sind ein bisschen lang an dem Begriff des „gläsernen Aktes“, der mit einem Code natürlich personalisiert nur den Zugang ermöglicht, das ist für mich der tollste und schönste Begriff, mit dem man das umschreiben kann. Ich befürworte, das Menschen im Sinne der Transparenz auf ihren Status zugreifen können, aber das müsste dementsprechend internetgestützt oder auch mittels Code, den ich am Amt zum Beispiel vorlege, der Service-Stelle vorlege, mir gegeben werden können. Der Begriff „gläserner Akt“ ist nicht unbedingt das Tolle. Auf jeden Fall werden wir den Anträgen zustimmen. Vielen Dank (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Spath**: Ich kann meinen Vorredner beruhigen, wir werden im Wohnungsausschuss uns natürlich mit diesen Dingen beschäftigen, in Absprache mit der Beamtenschaft und auch mit der Frau Stadträtin. Ich darf darauf hinweisen, dass, obwohl das Vergabemodell eben immer wieder in kleinen Adaptierungen der letzten 20 Jahren eben sich verbessert hat oder sich geändert hat, ist es trotzdem dringend notwendig, eben die Vergabe an den heutigen Anfragen anzupassen. Wie wir diese Fragen oder die Fragen, die wir im Wohnungsausschuss behandeln werden, wir es natürlich sein, ab wann kann jemand um eine Gemeindewohnung ansuchen. Wir werden uns mit den Fragen beschäftigen, gibt es periodische Überprüfungen der Einkommensverhältnisse der Mieter, werden die Wohnungswerber in Zukunft die Möglichkeit haben, im Sinne von Transparenz in die Reihungsliste Einsicht zu nehmen, wird in Zukunft sichergestellt, dass eine bestimmte Anzahl von Wohnungen für junge Menschen, für junge Erwachsene reserviert wird. Diese und andere Fragen werden wir im Ausschuss für Wohnungsangelegenheiten in den nächsten Monaten

diskutieren unter Beziehung, wie schon gesagt, der Wohnungsexperten der Stadt. In diesem Sinne stimmt eben auch die ÖVP-Fraktion allen drei Anträgen zu (*Applaus ÖVP*).

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Werte AntragstellerInnen, liebe Gemeinderäte und Gemeinderätinnen! Ich habe gestern, wie mir meine Kolleginnen die Dringlichkeitsanträge gegeben haben zu dem Thema zuerst gedacht, ich werde doch heute sehr teilweise polemisch sein, aber das werde ich nicht tun, weil ich, und das sage ich jetzt durchaus ernst gemeint, prinzipiell immer jedem Gemeinderat letztendlich doch immer das zuschreibe, dass er guten Willens ist in der Sache an sich etwas Positives zu bewirken. Und wir müssen immer, und das möchte ich nur noch einmal unterstreichen, wenn wir über Gemeindemieter und Gemeindemieterinnen reden, welche Familien, Personen und Leute wir hier davon sprechen. Die Martina ist für das Sozialamt zuständig, sie weiß selbst, welche Schwierigkeiten diese Familien und Personen haben. Nicht nur Erkrankungen, angehörige Schwerstkranke, ich würde Ihnen wirklich einmal einen Tag, alleine, wenn Sie eine Woche einmal am Wohnungsamt bei der Vergabestelle draußen sind. Schauen Sie sich das an, es ist ja nicht verboten, jedes Ausschussmitglied kann sich das einmal vor Ort einmal sozusagen ansehen und auch die Schicksale, die dahinterstehen zuhören. Dann wäre man sehr, sehr vorsichtig mit so Formulierungen überhaupt, dass da Vermögende und Unterstellungen ständig, weil wir haben ja die ganze Palette die letzten 15 Jahre erlebt, also manchmal kommt die Geschichte, dass nur Kriminelle im Gemeindewohnbau sind und nur Suchtkranke, dann wird wieder unterstellt, so wie jetzt die Debatte, dass dort Vermögende drinnen sind, wo man genauso weiß, je nachdem wer gerade zuständig ist, in Niederösterreich ist die ÖVP strikt dagegen, dass man diese Einkommensüberprüfungen macht, in Wien ist die SPÖ strikt dagegen, deswegen wundert mich das, dass man da das jetzt wieder alles anders sieht. Ich könnte, wir

diskutieren nämlich da, wenn man über das Vergabemodell reden, über etwas, über das man genaue Kenntnis haben muss und das ist eben das, was ich in den letzten Jahren immer wieder gesehen habe und so war das auch gemeint, Herr Gemeinderat Hohensinner, nicht, dass ich nicht froh wäre, dass Initiativen kommen, aber was erschreckend war, das war schon festzustellen, wie wenig sich selbst Ausschussmitglieder ausgekannt haben über die Richtlinien, da sind oft die ungeheuerlichsten und abenteuerlichsten Behauptungen, oft auch an Dritte, gemacht worden und das hat mich oft geschreckt und da war mir oft eine Debatte über dieses Thema, dass sie nicht stattgefunden hat, lieber, bevor, verzeihen Sie, das ich das sage, tatsächlich ein Unsinn gemacht wird. Weil wie heute schon gesagt wird, 1989 dieses System, Stadtrat Stoiser hat es politisch eingeführt, das ist ausgelagert worden an die Universität, das ist ein in sich geschlossenes logisches und wirklich exzellentes Vergabemodell gewesen, was österreichweit vorbildlich war und, wie der Herr Gemeinderat Spath schon richtig gesagt hat, nicht verbessert, sondern den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen immer wieder adaptiert worden ist zu Recht. Zuletzt erst eineinhalb Jahre mit Zustimmung aller, dass man die Punktebewertung für Einzelpersonen von 15 auf 10 gesenkt hat, damit das Einkommen alleine ein Kriterium für einzelne Personen ist, um eine Gemeindewohnung zu bekommen und nicht nur die Wohnungssituation, die Krankheitssituation, weil man merkt, dass immer mehr Menschen, ältere und vor allem ganz junge, selbst wenn sie gut wohnversorgt sind, eben zum Beispiel aufgrund des geringen Einkommens oft 50 % für die Wohnung zahlen und sich das nicht mehr leisten können und wir auch dieser Gruppe die Gemeindewohnungen nicht verwehren wollten. Was natürlich aber dazu führt, dass natürlich gleichzeitig die Anzahl der Ansuchenden steigt, mit jeder Verbesserung, wie Sie es genannt haben trage ich ja mit dazu bei, dass auch die Anzahl steigt. Vor 30 Jahren haben wir das Problem nicht gehabt, da war teilweise die Not vielleicht gleich groß, aber da war die Punkteanzahl für die Erreichung einer Gemeindewohnung so hoch, dass natürlich die Ansuchendenzahl niedriger ist. Ich versuche nur ein paar Punkte anzureißen, weil das, was Sie hier ansprechen, muss

man sehr viel berücksichtigen, um das einfach so zu sagen. Was wichtig ist auch zu sagen, der eine Punkt, wann ist man anspruchsberechtigt, ab dem 1. Tag, wenn man seinen Hauptwohnsitz in Graz hat oder seinen Arbeitsplatz hat, kann man in Graz um eine Gemeindewohnung ansuchen. Warum haben wir das gemacht? Weil im Jahr 2000, Frau Gemeinderätin Schartel, da waren Sie damals für die FPÖ auch schon im Gemeinderat und Ihr Vizebürgermeister war damals für die Wohnsitzinitiative zuständig, was auch alle verstanden haben, damals haben wir mehr Leute gebraucht und da ist jeder Stadtsenatsreferent, damals hat die KPÖ das schon innegehabt, aufgefordert worden, Maßnahmen zu setzen und deshalb sind wir von der Zwei-Jahres-Frist auf die sofortige Hauptwohnsitzmeldung zurückgegangen, um eben mehr Bewohner nach Graz zu bekommen, weil sich das ja auch günstig für den Finanzausgleich auswirkt, das war bewusste Lenkungsmaßnahme, das ist der Grund. Ich wollte Ihnen das nur sagen, weil das hat ja alles immer eine Geschichte. Das zum Beispiel ist ein Punkt, wo wir nichts dagegen hätten, das wieder auf zwei Jahre anzuheben, haben uns selber sogar schon überlegt, nur muss man auch wissen, es trifft eben nicht nur vielleicht, wie Sie jetzt meinen aus Ihrer Fraktion, MigrantInnen, es trifft auch Österreicherinnen und Österreicher aus Umlandgemeinden, vor allem junge Leute, weil das beobachten wir, wer sind die, die vor allem gleich ansuchen. Es sind sehr viel junge Leute, die aus den obersteirischen Regionen wegen Arbeitssuche oder auch studieren oder einen Lehrplatz in Graz suchen. Da muss man immer alles auch wissen, wen trifft es. Deswegen muss man sich eben, wenn man so eine Debatte führen künftighin, für die ich ja bin, sich diese ganzen Entwicklungen und vor allem auch die Erfahrung und auf das, was die Kollegen im Wohnungsamt die letzten Jahre auch miterleben, horchen und sozusagen eingehen. Nicht irgendwie per Zuruf sozusagen, ach jetzt machen wir das und damit glaubt man, die Probleme für die Wohnungsnot in Wirklichkeit in Graz zu lösen, nicht nur in Graz, in Wirklichkeit haben wir die in allen Ballungszentren, weil man kann es letztendlich drehen und wenden, wie man es will, wir werden, das ist alles ein Nebenschauplatz, wenn man über die Vergaberichtlinien reden, in Wirklichkeit brauchen wir mehr

Gemeindewohnungen, und das ist nicht umsonst Thema auch auf Bundesebene jetzt, weil man erkannt hat halt, wenn wir so weitermachen und vielleicht dort ein Schrauberl und da und vielleicht die Vergaberichtlinien zum tausendsten Mal durchforsten, das alleine die Probleme nicht löst, und damit bin ich auch beim Gemeinderat Sippel. Ich will Ihnen das nicht absprechen, dass Sie versuchen, da mitzuhelfen, wie man weiterkommt, nur mit dem Modell sicherlich nicht, weil wenn man weiß, und das ist etwas, was das Wohnungsamt seit 15 Jahren eruiert immer, die Mieter und Mieterinnen über 60 % mit ihrem Einkommen unter der Armutsgrenze liegen. Die wenigen, die jetzt vielleicht wirklich da hineinfallen, die Sie meinen, wenn man die jetzt sozusagen unter Anführungszeichen „bestraft“ mit einem angemessenen Mietzins, wobei immer die Frage ist, Sie vermischen übrigens Richtwert und Kategorie Mietzins, also da muss man auch noch einmal aufpassen, weil wir verwenden seit 1994 den Richtwertmietzins mit allen Zu- und Abschlägen, natürlich ist das ein Verwaltungsaufwand und zwar ein enormer. Glauben Sie mir das, nicht die Überprüfung, das ginge noch, aber allein die Ausstellung und diese, ich will gar nicht eingehen, außerdem ändern sich die Situationen. In Wirklichkeit bestraft man ja auch mit dieser Maßnahme die Altösterreicher, die jahrzehntelang da drinnen wohnen, sich mühsam in Wirklichkeit was...

Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Wir sehen uns ja nur die Einkommenssituation an.

StR.ⁱⁿ **Kahr:** Herr Gemeinderat Sippel, leider gehen ja diese Mieter und Mieterinnen großteils, die paar wenigen, die man da Mehreinnahmen über die Miete

hereinkriegen, sollte man das Geld, es sind 20.000/30.000 Euro. Glauben Sie, dass wir damit den sozialen Wohnbau vorwärts bringen? Aber wirklich nicht, das sind Peanuts.

Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Teilweise sicher.

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Und ich möchte Sie nur bitten, wenigstens genau zu bleiben, das Salzburger Modell ist bei weitem so weit reichend. Das was Sie meinen, das Salzburger Modell ist 2006 beschlossen worden. Aber ich habe drei, da könnten wir stundenlang reden, weil so viele Detailfragen sind. Aber ich habe ja drei Anträge, es redet von uns sonst niemand mehr. Das ist immer bisher eingeräumt worden jedem. Ein Letztes noch zum Salzburger Modell, weil immer gesagt wird, es hat sich super bewährt. Dort hat sich noch gar nichts bewährt, das ist ja 2006 erst beschlossen worden und den Stadtrat und die Ausschussmitglieder viel Vergnügen jetzt schon 2016. Ich bin überzeugt, dass 2016 die handelnden Personen von dem Modell nichts mehr wissen wollen, das ist meine Überzeugung. Aber zum Schluss zu kommen, dem Antrag inhaltlich vom Herrn Gemeinderat Hohensinner werden wir zustimmen, weil meine Kollegen im Wohnungsamt und wir schon letztes Jahr gesagt haben, dass nach der Wahl, gesetzt den Fall, ich würde das Ressort überhaupt kriegen, eine Diskussion zu den Vergaberichtlinien durchführen sollten und zwar aus anderen Gründen, weil in Wirklichkeit die Punktebewertung für einzelne Bereiche aus unseren Gründen geändert gehören, um so einen Lenkungseffekt, wie Sie ansprechen, zu erreichen (*Applaus KPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Wir hätten noch eine kurze Wortmeldung zum FPÖ-Antrag. Man könnte dazusagen, einkommensabhängige Mieten. und ich glaube, es ist nicht verwunderlich, wenn man die Geschichte von Peter Pilz kennt, der trotz hohem Einkommen gerne im Gemeindebau wohnt und auch gerne bereit ist, mehr dafür zu zahlen...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Er könnte auch ausziehen.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Ja, er könnte auch ausziehen, aber genau das ist ja nicht erwünscht, muss ich auch der FPÖ gratulieren in einem der wenigen Fällen, die Durchmischung ist ja gut dort, es sollen ja dort alle Schichten zusammenleben. Leute, ich bin am Wort, also bleiben wir beim Thema einkommensabhängige Preise und das hat schon was. Ich glaube, dass das durchaus Sinn macht, dass die Leute vor Ort bleiben, dass die Durchmischung bleibt. Jetzt wissen wir nicht genau, wie viele das sind, die dort besser verdienen. Die Elke Kahr sagt, das sind sehr wenige, andererseits wissen wir es nicht genau, weil wir es nicht erheben und nur vom Kennen ist vielleicht auch wenig. Also ich glaube schon, dass man da hinschauen kann, diese Einkommen durchaus auch einmal erheben kann, kontrollieren kann. Es ist ein Verwaltungsaufwand, selbstverständlich, ja, in vielen anderen Bereichen ist der gang und gäbe. Wir haben nicht so wenige Kinder in der Kinderbetreuung, in Horten und dergleichen also vorschulische Kinderbetreuung, in schulischer Kinderbetreuung, auch dort werden permanent Einkommen verlang, dort haben wir ... vergleichbar ist es schon von der Anzahl her. Es geht ja nur darum, dass man ein neues Modell findet, wo einkommensabhängige Preise drinnen sind. Direkter Antrag der FPÖ wird so einfach nicht funktionieren, befürchte ich fast, weil das würde ja dazu führen, wenn

ein Armer und ein Reicher die Wohnung mieten und die zahlen derzeit gleich viel, in Graz wird ja nicht...

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Kahr unverständlich.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: ... wenn ich über der Zuschussgrenze bin, Wohnbeihilfe, aber von der Miete her. Es hängt vom Haus ab genau, aber ich kann natürlich nicht einfach auf eine nichteinkommensabhängige Miete einen Preis raufschlagen, das ist ja ein Detail, was nicht ganz hinhaut. Prinzipiell glaube ich schon, dass einkommensabhängige Preise hier sinnvoll wären, obwohl ich dazusagen muss, es ist leider Second-best-Lösung. Die First-best-Lösung ist es nicht, die beste Lösung wäre natürlich, wir hätten ein gerechtes Steuersystem, was entsprechend zugreift und entsprechend umverteilt. Nur das ist nicht Gemeindesache, das ist Bundessache, da könnten wir uns gemeinsam was überlegen, können wir uns viel überlegen, wenn wir es nicht umsetzen, aber wenn die Verhältnisse so sind, wie sie jetzt sind, dann macht das durchaus Sinn, dass Familien oder Personen mit einem höheren Einkommen mehr für die Gemeindewohnungen zahlen und diese Mehreinnahmen durchaus auch nutzbar sind für den Ausbau der Gemeindewohnungen. Der große Renner wird es nicht, das ist klar. Aber es ist ein Zeichen sozialer Gerechtigkeit und auch das könnten und sollten wir setzen (*Applaus Grüne*).

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Frau Wohnungsstadträtin! Wir sind genau an dem Punkt jetzt wieder angelangt, wo man nicht hin wollte. Die ÖVP hat einen dringlichen Antrag gestellt, nämlich mit der

Vision, dass wir jetzt in einem Jahr uns sachlich mit allen Ideen auseinandersetzen und uns nicht im politischen Kleinkrieg jetzt wiederfinden und genau das war das jetzt wieder. Es sind einzelne Vorschläge, die gekommen sind von allen Fraktionen, wieder zerpfückt worden. Ich kann mich gut erinnern, wir beschäftigen uns ja schon sehr lange mit dem Thema Junges Wohnen, die Martina Kaufmann hat heute eine Frage eingebracht und ich kann mich erinnern, vor zwei Jahren oder vor einem Jahr hast du uns da irgendwelche Statistiken gegeben und das war es dann. Und genau auf die Bitte ist nicht eingegangen...

Zwischenruf StR.in Kahr unverständlich.

GR. **Hohensinner:** Nein das habe ich nicht gefordert, ich habe das nicht gefordert, ich kann dir sagen, was wir gefordert haben. Wir haben gefordert, dass wir uns mit allen Jugend- und Wohnungssprechern zusammensetzen und ein geeignetes Modell ausarbeiten. Das hast du im letzten Jahr nicht gemacht. Es ist immer so ein bisschen eine Nebeltaktik und ich bin froh, dass wir uns jetzt geeinigt haben, dass wir ein Jahr daran arbeiten. Was die neuen Wohnungen betrifft, du weißt, Schwarz und Grün haben dich in der letzten Periode unterstützt, du warst dann im Gegensatz nicht bereit, beim Gesamtbudget mitzustimmen und für uns ist da ein gewisser Widerspruch da und so innovative Ideen für neue Konzepte, nämlich, dass man nicht 100 % der Wohnungen von einem gemeinnützigen Wohnbauträger nimmt, sondern vielleicht 10 %, dass es eine bessere Durchmischung gibt, solche Innovationen sind eigentlich ausgeblieben. Ein weiterer Punkt...

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Kahr unverständlich.

GR. **Hohensinner:** ... ein weiterer Punkt, der mich wirklich stört, liebe Elke, ist, dass es schon ein bisschen so ist, dass du glaubst, du hast das Monopol auf die Gemeindewohnung (*Applaus ÖVP*). Wir sind sehr interessiert, wir waren in der Schönaugasse mit, du weißt, ich habe dich gebeten, dass ich dort auch vielleicht eine Grußbotschaft kundtun kann, du hast mich einfach ignoriert, was mich gestört hat. Du hast mich begrüßt, ich habe gebeten über dein Amt, dass ich auch was sagen kann, nein, es war nicht der Fall. Zum Vergabemodell möchte ich noch was sagen, es wurde immer wieder adaptiert, aber es ist ein Fleckerlteppich und es kann niemand mehr überblicken das Punktesystem, wo man dann liegt in der Reihung, das ist nicht mehr transparent. Ich stelle hiermit fest heute, dass wir die Reform im Wohnungsamt eingeleitet haben, einmal strukturell mit der Überleitung in den Eigenbetrieb und auch inhaltlich und ich freue mich, dass die KPÖ auch unserem dringlichen Antrag zustimmt (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Katholnig:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Frau Stadträtin! Ich glaube, unser Antrag ist irgendwo falsch aufgefasst worden. Wir wissen, dass sozial schwache Menschen um eine Gemeindewohnung ansuchen, dass sozial schwache Menschen in Notsituation sind und wir wollen, dass die viel schneller zu einer Gemeindewohnung kommen, aber auch, dass sie wissen, wie lange sie auf eine warten müssen. Wir haben heute schon gehört, es gibt so viel Mietnachzahlungen seitens des Sozialamtes, es gibt so viel Stromnachzahlungen, weil sie in kalten Wohnungen wohnen, wo noch mit Strom geheizt wird und, und, und. Die wollen ja planen für die Zukunft, wie schnell habe ich jetzt die Chance, wie lange muss ich

warten und dass das irgendwo dann abgelehnt wird von eurer Fraktion, finde ich nicht ganz in Ordnung, weil der Bürger hat ein Recht zu wissen, wann er welche Leistung zukünftig in Anspruch nehmen kann (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Sippel**: Abschließend, es war ein sehr gutes Plädoyer, das Sie da gehalten haben, genau für ein flexibles und gerechtes System und da setzen wir an. Dass man damit die ganze Angelegenheit sozialer Wohnbau nicht regeln werden können, da gebe ich Ihnen völlig Recht, nur das ist ein Schritt in die richtige Richtung und teilweise kommt es mir schon vor, dass Ihre Konzepte, falls sie vorhanden sind, ja teilweise genauso überholt sind wie der Kommunismus selbst (*Applaus FPÖ*). Und ich bin froh...

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Kahr: Das haben wir bei der letzten Wahl eh gesehen.

GR. Mag. **Sippel**: Das ist mir schon klar, dass man, wenn man hergeht, auf der einen Seite immer wieder auch fordert, Gelder fordert, öffentliche Mittel fordert, um den sozialen Wohnbau auszubauen, auf der anderen Seite aber überall in populistischer Art und Weise kundtut, Gebührenstopp, keine Erhöhungen, sich nicht darum kümmert...

Zwischenruf GR. Eber: Populismus ist eigentlich euer Ressort.

GR. Mag. **Sippel**: ... einnahmenseitig auch wieder einmal etwas lukrieren können, um auch zum Beispiel sozialen Wohnbau zu finanzieren. Das eignet sich natürlich, um kurzfristig Stimmen zu gewinnen, das ist mir schon klar, dass sich das eignet. Aber nachhaltig ist es beim besten Willen nicht und ich bin froh, dass da viele konstruktive Kräfte hier herinnen sich jetzt auch dieses Themas angenommen haben, jetzt einmal an diesem wichtigen Punkt der Vergabe dieser Gemeindewohnungen, und ich bin mir sicher, dass man da was zustande bringen werden. Wir können uns vielleicht einigen, Herr Kollege Dreisiebner, dass man das bis November schafft...

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Kahr: Wenn ihr im Sommer alle da bleibt.

GR. Mag. **Sippel**: ... noch besser, wenn wir es bis Juli schaffen, das sind drei dringliche Anträge, wobei der Antrag der SPÖ und der ÖVP natürlich von uns unterstützt wird, die in eine ähnliche Stoßrichtung gehen und ich bin froh, dass wir hier heute einen Schritt weitergekommen sind und vielleicht noch abschließend, dem Herrn Pilz kann man ja durchaus ausrichten, dass er freiwillig mehr zahlt. Ich glaube, wenn er zum Wohnungsamt hinget und dort entsprechend auch sich erkenntlich zeigt und sagt, ich bin bereit, auch entsprechend zu bezahlen, dann wird das niemand verweigern. Also das kann man ihm vielleicht ausrichten nach Wien und das hat auch mit Gerechtigkeit zu tun und genau das wollen wir mit unserem Antrag erreichen (Applaus FPÖ).

Der Antrag der ÖVP wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag der SPÖ wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Antrag der FPÖ wurde mit Mehrheit angenommen.

4) Sonntagsöffnung

GR. **Pogner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pogner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Meldungen in den letzten Tagen, Wochen haben mich dazu veranlasst, einen Antrag wieder einmal aufzubereiten, den wir schon über Jahre hindurch innerhalb der verschiedenen Parteien und auch der Gewerkschaft immer wieder diskutiert haben, und zwar geht es um die Sonntagsöffnung. Den Sonntag mit der Familie verbringen oder mit Freunde oder vielleicht auch gerne einmal länger im Bett liegen zu bleiben, da hat sich für mich die Frage gestellt, soll das in Zukunft der Vergangenheit angehören oder haben wir das auch in Zukunft unter Umständen noch weiterhin?

Wenn es nach einer Handelskette geht, die da in der letzten Zeit sehr auffällig war, dann ist es vorbei mit der Sonntagsruhe, dann beginnt der Handel am Sonntag, seine Pforten zu öffnen und bei dieser Handelskette ist es immerhin so, dass die 900 Filialen haben. Jetzt haben die gestern schon ein wenig zurückgerudert und haben erkannt, dass es vielleicht doch nicht die gescheiteste Idee ist, wenn man so etwas anleiert. Aber im Endeffekt ist es einfach so, dass die Bestrebungen vorhanden sind und das Gesetz ist so ausgelegt und regelt es so, dass es einem gewissen Spielraum Platz lässt, um am Sonntag den Handelsbetrieb zu öffnen, indem man zum Beispiel

eben eine Bistro-Ecke einrichtet und damit das Nebenrecht sich erwirbt, Produkte zu verkaufen.

Wo führt das Ganze hin, habe ich mir gedacht und nicht nur ich habe mir das gedacht, auch unsere ganze Fraktion und viele andere haben da mitgedacht. Rund um die Uhr einkaufen, das ist offensichtlich das Ziel, dass man eigentlich amerikanische Verhältnisse dadurch bringen, ich glaube, das ist nicht im Sinne des europäischen Geistes und der europäischen Kultur, die wir hier haben.

Wie kurzsichtig so ein Blickwinkel ist, das brauche ich, glaube ich, auch nicht näher erläutern, denn wenn der eine anfangt und aufmacht und vielleicht auch noch ein gutes Geschäft macht, dann wird der Nächste hinten nachkommen und sagen, wenn es bei dem so gut funktioniert, dann mache ich das doch auch. Es ist halt nur so lange lustig, am Sonntag einkaufen zu gehen, solange man vor der Budel steht. Ab dem Moment, wo man dahinter steht und wo mein eigener Chef sagt, und jetzt machen wir das auch, weil wir wollen auch von diesem Kuchen etwas haben, ab dem Moment wird sich die Begeisterung, denke ich mir, bei allen, die dann am Sonntag arbeiten müssen, sehr in Grenzen halten.

Hinter dem ganzen Sonntag arbeiten steht ganz sicher vor allem ein Gedanke, nämlich der Gedanke der Gewinnmaximierung, der dann wiederum auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht, das kann nicht der Sinn und der Gedanke von uns allen sein.

Wir leben in einem Kulturkreis, in dem sonntags bei uns einfach der Tag der Familie ist, wo es kirchliche Feiertage gibt und wo rein kapitalistische Hintergründe ein Argument sind, was für uns kein Argument ist, am Sonntag arbeiten zu gehen.

Und daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Bundesregierung aufgefordert wird, den § 111 Abs. 4 der Gewerbeordnung 1994, der die Nebenrechte des Warenverkaufes regelt, so zu novellieren, dass darin Mindestausstattungen für Gastgewerbebetriebe, das braucht man dann zum Erlangen dieses Nebenrechtes, festgeschrieben werden. Darüber hinaus soll das Öffnungszeitengesetz 2003 für alle Verkaufsstellen gelten und durch Ausnahmen den Verkauf regeln. Ebenso sollen Ausnahmen für Verkaufsstellen nach dem Arbeitsruhegesetz 1983 nicht gelten und ich bitte um Annahme und dass wir diese Petition nach Wien schicken. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Haßler** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Amerika mag ein schönes Land sein landwirtschaftlich, aber im Bereich der Arbeitsbedingungen und im Bereich der Möglichkeiten, gesund zu bleiben, ist es sicher kein Vorbild und deshalb glaube ich, wollen wir dem nicht nacheifern. Ich erinnere mich zurück, im Herbst war es eine obersteirische Arena, die unbedingt am Sonntag offenhalten wollte, jetzt ist es eine große Handelskette und leider gibt es immer wieder ein paar schwarze Schafe im Bereich der Wirtschaft, die da über die Stränge schlagen wollen, und glücklicherweise gibt es noch funktionierende Gewerkschaften, die dem entgegenwirken und so war es auch in diesem Fall. Weil die GPA-djp hat ja schon für 2. Mai eine große Demo in Wien geplant gehabt, die Busse waren schon organisiert. Glücklicherweise können wir es jetzt absagen, weil auch diese Handelskette erkannt hat, dass man sich doch vorher gut überlegen sollte, wenn man gewisse Schritte setzt. Die argumentieren mit Schaffung von Arbeitsplätzen, das mag zwar bei der Kopfzahl durchaus stimmen, nur welche Arbeitsplätze sind das? Da geht es um geteilte Arbeitsplätze, da geht es um geringe Teilzeitjobs, da geht es um falsche Einstufungen teilweise, weil man die nach dem Gastgewerbe einstufen wollte und ich glaube, wichtig ist eben, dass da die Gewerkschaften sehr effizient und konsequent dagegengewirkt haben und so ist das

Ganze jetzt auf, glaube ich, positive Richtung wieder zurückgedrängt worden, und wenn man den Medienberichten glauben darf, dann wird sich ja auch das Parlament in Wien morgen mit diesem Thema beschäftigen. Der zuständige Minister Reinhold Mitterlehner hat angekündigt, dass er morgen in Wien im Parlament in der Diskussion um die Gewerbeordnung da auch klare Schritte setzen wird, dass dem ein Riegel vorgeschoben wird. Das heißt, dass die Öffnung Tankstellen, die es eh schon gibt, soll aufrecht bleiben, aber diese Hintertürln sollen geschlossen werden. So gesehen ist der Antrag vom Kollegen Pogner ein bisschen eine Fleißaufgabe. Aber wie soll man es pädagogisch sagen, Fleißaufgaben gehören belohnt, deshalb wird die SPÖ sowohl der Dringlichkeit als auch dem Antrag zustimmen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Damen und Herren! Vorweg, wir werden dem Antrag in der Dringlichkeit als auch im Inhalt zustimmen, weil meine Wortmeldung vielleicht nicht ganz in die Richtung den Anschein macht zu gehen. Der Sonntag ist heilig, ok, ÖVP, Sissi, ihr fühlt euch da berufen wahrscheinlich, das mag so sein, ist auch unsere Meinung, dass der Sonntag grundsätzlich in Ruhe gelassen wird. Harry Pogner, Gewinnmaximierung auf Kosten der Arbeitnehmer, Wirtschaftsbund, was würde der dazu sagen...

Zwischenruf GR. Pogner unverständlich.

GR. **Hötzl**: Ja, ja, ich möchte mir auch nicht den Kopf für euch zerbrechen, aber aus unternehmerischer Sicht ok, jeder Unternehmer soll frei entscheiden können, das ist

ja fast ein kommunistischer Ansatz, den du da vertrittst, aber ok, sei es drum. Wir sehen es eher so, dass es eine Gesetzeslücke gibt, die dort behoben gehört, weil das Nebenrecht im Lebensmittelhandel in Richtung Gastro hinzielt und nicht nur, weil in einem Lebensmittelhandel in einer Ecke vielleicht ein Stehtischerl steht, wo, wenn überhaupt, einmal am Tag ein Kaffee getrunken wird, ist da die Gastronomie beheimatet und somit das Recht für die Sonntagsöffnung da. Man sieht unzählige Geschäfte in Graz, meist ausländischer Herkunft, aus südlichen Gefilden, die das genauso ausnutzen. Da heißt es nachher, Gastronomiebetrieb ist dabei oder zumindest Imbissecke, die aber in Wirklichkeit absolut nicht genutzt wird und genau diese Gesetzeslücke heißt es aus unserer Sicht zu schließen. Deshalb stimmen wir, wie gesagt, Inhalt und Dringlichkeit zu (*Applaus FPÖ*).

GR. **Pacanda:** Jetzt kommt die Überraschung des Tages. Bei uns ist im Endeffekt gerade auf bundespolitischer Ebene die Diskussion auch ausgebrochen und wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen und auch dem Antrag selbst nicht, weil wir für eine Liberalisierung einstehen, also wir stellen uns eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten vor, wobei aber ganz wichtig die Punkte sind, die gerade vorher genannt worden sind, eben nicht Gesetze zu umgehen. Also Gesetze dementsprechend anpassen an neue Zeiten. Wir haben neue Zeiten, es gibt genug Betriebe, die am Sonntag offen haben, die klassisch österreichisch betrieben werden, Bäckereien, ich freue mich am Sonntag oft über mein gutes frisches Semmerl. Also es gibt sicher Unternehmen, die ihre Berechtigung haben, dass sie am Sonntag offen haben und eben neue Zeiten vielleicht auch neue Unternehmen, die benötigt werden. Was aber ganz wichtig ist, einfach auch die Rücksichtnahme auf die sozialen und die Arbeitsverhältnisse dann dementsprechend dort, dass die dort angepasst werden, aber wie gesagt, in der Richtung die Überraschung, wir werden dem nicht zustimmen. Dankeschön.

GR. **Dreiebnner**: Gerade in dem Spannungsfeld haben vielleicht nicht alle hier verstanden, was Kollege Pogner eigentlich im Sinne hat. Nämlich, dass große Ketten ihre Angestellten quasi dazu verpflichten, auch sonntags zur Verfügung zu stehen, das ist der aktuelle Fall. Es gibt dann auch einen über TV-Stationen Bekannten und sonst irgendwie von der Seite Angeblickten, der auch immer wieder mit der Idee kommt und dann wird das vermischt mit einem kleinen, ob in südlichen Gefilde oder aus den südlichen Gefilden stammenden, ich zitiere Hötzl, oder Bäcker, der unter Umständen wirklich nur als Selbständiger eine Nische abdeckt, das zusammenschmeißen, das ist für uns so nicht möglich. Man sollte sich das gemeinsam anschauen, vor allem sollte es aus ArbeiternehmerInnenschutzgründen heraus nicht so sein und so werden, dass das, was wir jetzt in Bahnhofs- und Flughafensituationen schon, haben quasi quer über die Stadt überall der Fall ist, dass nämlich Angestellte mehr oder weniger diese Sonntagsarbeit verrichten müssen in diversen Handelsbetrieben, in Handelsketten. Auch Tankstellen gehören dazu. Das ist für mich wichtig, Unterstützung für den Antrag der ÖVP vom Kollegen Pogner. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Pogner**: Dankeschön für die breite Zustimmung. Kollege Hötzl, du machst dir unsere Gedanken, das freut mich besonders. Könnte ja sein, dass du auch noch zu uns übersiedeln möchtest, nicht nur vom Gedankengut her, sondern vielleicht auch irgendwann einmal von der wirklich richtigen Einstellung dazu. Du siehst einmal, wie breit wir aufgestellt sind, wir decken eure Dinge genauso ab wie die Dinge der KPÖ. Wir decken das alles ab. Du brauchst dir keine Sorgen machen, wir haben das mit unserer Wirtschaft auch abgesprochen und auch die Wirtschaft steht dazu. Und dass in einer so großen Gemeinschaft nicht alle einer Meinung sein können, das beweist uns immer ein Segelboot, das Richtung Amerika fährt und das halt dagegen stimmen wird, das nehmen wir zur Kenntnis. Vielleicht wird es einmal so sein, dass du dann auch am Sonntag arbeiten musst, ich bin gespannt, wie viel Spaß du dann noch daran

hast. Aber auf jeden Fall danke für die breite Zustimmung und schauen wir, dass der Sonntag arbeitsfrei bleibt (*Applaus ÖVP, KPÖ und SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Wir kommen zum nächsten dringlichen Antrag, eingebracht von der KPÖ, bezüglich ermäßigte Bäderpreise für InhaberInnen der SozialCard. Ich schlage auch hier vor, wieder eine Zusammenfassung zu machen, nachdem es einen zweiten dringlichen Antrag der grünen Fraktion gibt, schlage daher vor, jetzt wieder hintereinander die Berichterstattungen oder die Anträge einzubringen und möchte an dieser Stelle auch den Vorsitz übergeben, nachdem ich mich hierzu inhaltlich zu Wort melden möchte.

StR. Eisel-Eiselsberg übernimmt um 15.30 Uhr den Vorsitz.

5) Ermäßigte Bäderpreise für Inhaber/innen der SozialCard

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Liebe Vizebürgermeisterin! Im Oktober vergangenen Jahres wurde in Graz die SozialCard eingeführt. Damit wurde eine über viele Jahre von der KPÖ geforderte Maßnahme zur sozialen Unterstützung jener Teile der Bevölkerung realisiert, die aufgrund ihres geringen Einkommens unter wirtschaftlich schwierigen Umständen leben müssen und damit Gefahr laufen, gesellschaftlich isoliert zu werden.

In einem ersten Schritt wurden Leistungen wie die ermäßigte Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel im Rahmen der SozialCard Mobilität, Heizkostenzuschuss, Schulaktion des Grazer Sozialamtes, Weihnachtsbeihilfenaktion des Grazer Sozialamtes, Teilnahme an der „Team-Österreich-Tafel“ sowie an der Aktion „Hunger auf Kunst und Kultur“ in das Leistungspaket aufgenommen.

Bisher ausgeklammert blieb jedoch eine Leistung, die gerade für Grazerinnen und Grazer mit geringem Einkommen von besonderer Bedeutung wäre, nämlich eine Ermäßigung bei den Eintrittspreisen zu den Grazer Freizeitbetrieben. Gerade im Hinblick auf die Tatsache, dass diese Personengruppe kaum Möglichkeiten hat, in den Sommermonaten einen Auswärtsurlaub zu konsumieren und vor dem Hintergrund alljährlich steigender Bädertarife würden ermäßigte Bäderpreise einen sinnvollen Beitrag zu Gesundheit und zum sportlichen Ausgleich von SozialCard-Inhaberinnen und -inhabern leisten.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt zu prüfen, inwiefern die Aufnahme ermäßigter Bädereintritte in die Leistungen der Sozialcard realisiert werden kann. Ich bitte um Zustimmung (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 15.35 Uhr den Vorsitz.

6) Kostengünstiger Eintritt für städtische Bäder

GR. **Vargas** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Vargas**: Einen schönen guten Tag, Herr Rüscher, liebe GemeinderätInnen! Jetzt bald, kündigt sich schon an, beginnt die Badesaison, auch hier in der Stadt Graz und es gibt sehr viele Familien, denen es finanziell nicht so gut geht und sich dieses Vergnügen nicht leisten werden können oder häufig leisten können, um das geht es uns.

Wir wissen, dass natürlich jetzt die Erwerbsarbeit, Menschen, die ohne Erwerbsarbeit sind, also die steigende Arbeitslosigkeit, wir haben auch das Thema der Armut in unserer Stadt, die zunehmend ist und es gibt eben viele Kinder, die wenig Bewegungsmöglichkeiten haben. Diese Möglichkeit während der Schulzeit, es gibt das Projekt von Herrn Detlev Eisel-Eiselsberg, mehr Sport an den Schulen zu führen, diese Möglichkeit werden die im Sommer nicht haben. Es sollen eben die Sportstunden derzeit bis Schulende erhöht werden. Uns ist es ein Anliegen, dass diese Familien, diese Kinder mehr Bewegungsmöglichkeiten für den Sommer haben. Die Bäderpreise hier in der Stadt Graz sind verglichen mit anderen Bundesländern eine der höchsten und uns ist es ein Anliegen aus sozialpolitischer und gesundheitspolitischer Sicht, dass Familien, die finanziell benachteiligt sind, die Möglichkeit haben, diese Freizeit- und Sportangebote in Anspruch zu nehmen.

In der letzten Gemeinderatsperiode wurde von Seiten der Koalition der Grünen und der ÖVP die Sozialcard eingeführt und wir haben in unserem Programm als Grüne

schon eingeführt, dass eben diese Maßnahme der Bäderpreise für die BürgerInnen der Stadt Graz, die eine Sozialkarte beziehen, mitintegriert wird.

Deshalb stehen wir auch dahinter, dass wir diesen Antrag heute stellen. Was uns auch noch wichtig ist, ist, dass im Familienpass des Landes ab diesem Jahr diese Möglichkeit der Ermäßigung, 10 % auf die Tagessaisonkarte, gegeben hat bis zum letzten Jahr, heuer erstmals nicht stattfinden wird. Es gibt nur mehr eine Ermäßigung von Tageskarten für die InhaberInnen der Familienpässe und das ist für uns natürlich, für Familien mit mehr Kindern, ein großer Nachteil. Das müsste eigentlich, Familien, die drei oder vier Kinder haben, werden Probleme haben, natürlich kann man darüber sprechen, welche Familien, welches Einkommen sie haben, aber es sind natürlich auch viele Familien, denen es finanziell nicht so gut geht.

Daher stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

Vizebürgermeisterin Sozialstadträtin Dr.ⁱⁿ Martina Schröck wird ersucht, ehebaldigst dem Gemeinderat ein Konzept vorzulegen, das eine deutliche Reduktion der Eintrittspreise zu den städtischen Bädern für SozialcardinhaberInnen, insbesondere für Kinder und Jugendliche, sowie einen Lösungsvorschlag für die InhaberInnen des steirischen Familienpasses im Sinne einer Ermäßigung für Saisonkarten beinhaltet. Unsere Vorstellung ist, dass man für Kinder, die SozialCard-Bezieher sind, einen Euro am Tag für die Tageskarte und für die Erwachsenen zwei Euro. Danke Ihnen (*Applaus Grüne und KPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck** zur Dringlichkeit: Nachdem ich mit einem dringlichen Antrag direkt angesprochen bin, möchte ich sehr gerne was dazu sagen. Natürlich sind wir inhaltlich für beide Anträge, das ist natürlich äußerst wünschenswert, die Angebotspalette der SozialCard auszubauen, das ist vollkommen klar. Eine Sache halte ich für etwas schlecht, unglücklich formuliert, ich glaube nicht, dass ich ein Konzept vorlegen muss, sondern es geht einmal darum, Kosten auszurechnen und zu schauen, wo finden sich diese Kostenübernahmen im Budget wieder. Ich erinnere an die Verhandlungen bezüglich der SozialCard, wo der größte Brocken in finanzieller Hinsicht der Bereich der Mobilität war und es ist natürlich ein Aufwand, der ausgeglichen werden muss. Wir müssen mit den Freizeitbetrieben verhandeln, wir müssen schauen, welchen finanziellen Aufwand bedeutet das für die Stadt Graz, aber ich stehe inhaltlich voll dahinter. Ich habe auch schon bereits den Auftrag im Sozialamt erteilt, konkrete Berechnungen anzustellen, auch mit den Freizeitbetrieben zu rechnen, zu reden, zu verhandeln, wie groß dieses finanzielle Volumen sein muss. Es ist natürlich mein Ansinnen und ich denke, das ist unser aller Ansinnen, dass wir die SozialCard als Servicekarte verstehen, dass wir sie weiterentwickeln wollen, dass wir auch darüber reden sollten, wer ist Zielgruppe der SozialCard, dass wir auch den Bezieherkreis sukzessive erweitern, soweit das halt budgetär möglich ist. Wir wissen alle, wir haben ein sehr enges finanzielles Korsett für die nächsten Jahre und gerade der Sozialbereich ist der, der dann immer am heftigsten debattiert wird, das ist jetzt nicht meine Meinung, sondern das ist einfach eine Feststellung an dieser Stelle. Ich habe auf jeden Fall schon in Auftrag gegeben, einmal zu verhandeln, Zahlen festzulegen, einmal eine Schätzung einzuholen und ich glaube, es liegt auch viel daran, alle anderen Abteilungen der Stadt Graz mit dieser Karte zu befassen und zu schauen, welche Vergünstigungen können die stadtinternen Abteilungen anbieten. Zum Beispiel im Frauenreferat werden wir künftig alle Kurse, die wir anbieten, für SozialCard-BezieherInnen gratis anbieten. Die Stadtbibliotheken sind schon mit an Bord bei der SozialCard und auch diese Bereiche müssen wir alle überlegen, für die bin ich nicht zuständig für alle, sondern da sind wirklich alle Stadtsenatsreferentinnen

und -referenten gefordert, hier mitzuhelfen und mitzuarbeiten. Aber, wie gesagt, die SPÖ-Fraktion wird beiden dringlichen Anträgen selbstverständlich gerne die Zustimmung geben (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Frölich**: Hoher Gemeinderat, geschätzte Antragstellerin, Antragsteller! Zum Wetter passend, würde ich sagen, die heutigen Anträge. Ich glaube, wir sind uns darüber einig, dass die Angebote, die Graz zu bieten hat auf diesem Gebiet, die Qualität nämlich der Bäder eine hervorragende ist, darüber herrscht, glaube ich, unter uns allen Einigkeit. Und doch muss ich zu diesen beiden Anträgen etwas differenzierter Stellung nehmen. Ich erinnere mich, Andreas Fabisch, an deinen Antrag in Hinblick auf die Erhaltung des Ragnitzbades. Es gibt ja auch einen Bezirksratsantrag zu diesem Thema in Ries. Was mir da fehlt ist von Seiten der KPÖ immer zumindest eine Anregung, vielleicht ist eine Überlegung zu viel verlangt, wo soll denn das Geld herkommen? Der Herr Finanzstadtrat hat im Keller keinen Bankomaten stehen. Ich erinnere mich nicht an eine Zustimmung zu den Budgets der vergangenen Jahre von Seiten der KPÖ und mir fehlen da einfach die Impulse, die Ideen, man fordert eine Investition, man fordert den Erhalt, man fordert gleichzeitig Preise runter. In einer unstrukturierten Art und Weise, wie man es einfach meines Erachtens nicht unterstützen kann. Wir können nicht alles annähernd gratis, ein bis zwei Euro, das ist ein Preis, der in der Verwaltung vermutlich mehr kostet als er bringt und saniert und gleichzeitig investieren. Ich glaube wir sollten auf die Preisstruktur schauen, unsere Bäder sind keine Strandbäder, wo man einen Zaun aufstellt rund um eine Wiese und dann in einen vorhandenen See hupft, das sind Investitionen, die bewegen sich in einem Bereich von 20/30 Millionen Euro und mehr und auch die Erhaltung ist eine entsprechend teure Angelegenheit. Was die Kartenpreise betrifft, möchte ich dazusagen, dass die... ja die Preise sind am oberen Ende der Tabelle im österreichischen Vergleich, aber das hat auch seine Gründe. Es hat, ein Blick in

Richtung SPÖ, im Vorjahr auf Anregung von Karl-Heinz Herper einen „runden Tisch“ gegeben, wo diskutiert wurde über die Preisgestaltung, wo Geschäftsführer Kreiner eingeladen war und erläutert hat, interessanterweise war dann kein Vertreter der SPÖ bei diesem runden Tisch dabei. Jedenfalls ist dort man übereingekommen, dass die Preisgestaltung und das Angebot in einer sehr guten Korrelation sind. Was den Zusammenhang mit der SozialCard betrifft, da möchte ich Sie verweisen auf den Inhalt der vielen von Ihnen bekannten Studie von Dr. Pretenthaler, die Transferkonto-Studie. Ist vielen von Ihnen bekannt, was passieren für Schwellenphänomene, wenn man gewisse Transferzahlungen an absolute Grenzen verbindet. Wenn ich ein Arbeitsübereinkommen habe, das unter dieser Grenze liegt, und daher in Genuss dieser Transferzahlungen, Förderungen, was immer komme, kann ganz schnell passieren, je mehr ich Transferzahlungen in Anspruch nehmen kann, dass ich ein verfügbares Einkommen erreiche, das sehr schnell über die Grenze springt und ich mehr verfügbares Einkommen habe als jene, die ein Arbeitsübereinkommen haben, das ihnen keinen Zugang zu diesen Transferzahlungen zulässt und das ist dieses Schwellenphänomen, das wir befürchten, auch im Zusammenhang mit der SozialCard. Frau Stadträtin hat völlig zu Recht erwähnt, dass vereinbart ist, nach einem Jahr eine Evaluierung der SozialCard vorzunehmen, sehr genau hinzuschauen, wo gehen die Gelder hin, wir haben heute gehört, dass es am Quartal 2012 im letzten Quartal 750.000 Euro etwa waren. Wenn ich das auf das Jahr hochrechne, werden wir mit drei Millionen Euro in etwa rechnen müssen. Ausgabenkosten, man wird sich anschauen müssen, wer kommt in den Genuss, wo sind unsere Schwellenbetroffenen, was ist mit Working Poor, was ist mit Pensionisten, was ist mit Personen, die aus ganz besonderen Gründen dieses Angebot nicht als faires Angebot empfinden können, und daher ist auch diese Evaluierung ganz, ganz wichtig. Ich bitte auch zu bedenken, dass die, ja, das habe ich schon gesagt, dass Karl-Heinz Herper diesen Arbeitskreis seinerzeit einberufen hat. Ich glaube, dass 14, 10 Euro für eine Familie, zwei Personen mit zwei Kindern, als Familienpreis beispielsweise jetzt in den Grazer Bädern durchaus zumutbar sind,

wenn man sich das tolle Angebot anschaut. Bevor man wieder fordert, dass man hier die Preise weit weg von jeder Kostenwahrheit kalkuliert. Wir wissen, dass wir kein Geld verdienen können mit Bädern, das muss ein Freizeitangebot sein in der Stadt, da sind wir ganz bei Ihnen. Wir sehen aber im Hinblick auf die bevorstehende Evaluierung, auf die vereinbarte, der SozialCard keine Dringlichkeit bei diesen beiden Anträgen. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 15.45 Uhr den Vorsitz.

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Wir stimmen diesem Antrag nicht zu aus folgendem Grund, und zwar die Inhaber des steirischen Familienpasses erhalten ohnehin 10 % auf den Tageseintritt und es wäre bestimmt wichtiger zu schauen, was kann man an Leistungen ausbauen, wie Sie das schon vorher gesagt haben, Frau Vizebürgermeister, für soziale Dienste, für Menschen, die sich gewisse Dinge nicht leisten können. Nicht allerdings Ermäßigungen auf Ermäßigungen geben. Wir alle müssen den Gürtel enger schnallen, deswegen folge ich hier Niki Lauda, der sagt, wir haben doch nichts zu verschenken (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Sehr gerne nutze ich die Möglichkeit für ein Schlusswort. Für mich ist im Prinzip also die SozialCard ein erster Schritt und wir haben ein gewisses Budget zur Verfügung gehabt und haben innerhalb dieses Rahmens erste Schritte gesetzt. Für uns war immer schon als KPÖ ein wesentlicher Aspekt, dass man auch

Sporteinrichtungen und auch andere Dinge ins Auge fassen muss und unser Antrag ist ja nur einmal eine Prüfung dessen, was es kosten würde und im Unterschied zu dem, was ich heute gehört habe, sind wir als KPÖ für eine richtige Umverteilung (*Applaus KPÖ*). Wir sind nicht für eine Umverteilung von den etwas Ärmeren zu den Armutsgefährdeten mit irgendwelchen Solidarabgaben der Gemeindewohnungsmieter und -mieterinnen, sondern wir sind für eine echte Umverteilung und deshalb wundert es mich natürlich jetzt in dem Punkt gar nicht, dass die ÖVP dem nicht zustimmen kann, weil wir sind nämlich auch für einnahmenseitige Möglichkeiten zur Verbesserung der Budgetsituation, und da würden auch Reiche in unserer Stadt durchaus vielleicht einmal einen Beitrag leisten können, dann wäre es für mich eine echte Umverteilung, und so gesehen hoffe ich trotzdem, dass auf Perspektive wir diesen Bereich miteinbeziehen werden und wirklich die Menschen, die in Graz bleiben müssen, also eine Familie mit zwei Kindern zu behaupten, dass 14 Euro Tageseintritt eh leistbar wäre, finde ich etwas vermessen, weil mit 14 Euro müssen manche schon durchaus längerfristig schauen, wie sie was einkaufen können, wie sie über die Runden kommen. Also da sehe ich ein bisschen Realitätsferne. Aber ich bin guten Mutes, wir werden perspektivisch vielleicht auch mal diesen Bericht und die Erweiterung umsetzen können. Den anderen danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Vargas:** Auch ich möchte die Möglichkeit des Schlusswortes nützen, allerdings nicht auf die Sache hin, dass wir die soziale Frage da im Vordergrund stellen, sondern in dem Punkt die sozialpolitische, die Gesundheitsfrage. Kinder, Jugendliche, die wenig Bewegung haben, die wenig Bewegungsmöglichkeiten nützen können, sind stärker gefährdet, süchtig zu werden, das haben gerade Studien vor kurzem belegt, dass natürlich diese Kinder eher dazu neigen, zu Hause vor dem Kastl zu sitzen und sich nicht bewegen zu können und dass das natürlich eine Investition für die Zukunft

wäre. Und insofern würde ich schon an die Kollegen appellieren zu überlegen, ist es die Familienpolitik, die wir unterstützen wollen, ist es die gesunde Jugend, die wir morgen als unsere Nachfolger haben wollen, insofern ersuche ich um Unterstützung unseres Antrages. Und etwas noch, wir haben nämlich vorher in der Diskussion kurz besprochen, dass das Ragnitzbad ein Thema ist, das noch offen ist und das wäre natürlich noch zu berücksichtigen, wie sich die Stadt Graz dafür stark macht, dass man die Leute von der Ragnitz oben nach Eggenberg oder weiß Gott wo hinschickt. Ich glaube, das wäre eine gute Gelegenheit, das auch in Angriff zu nehmen jetzt. Danke (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit des KPÖ-Antrages wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Dringlichkeit des Antrages der Grünen wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Abbau von technischen und bürokratischen Hürden für ältere Menschen

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel** stellt namens SPÖ und ÖVP folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein gemeinsamer dringlicher Antrag zum Abbau von Altersdiskriminierung durch bürokratische und auch durch technische Hürden. Die

demografische Entwicklung, der demografische Wandel bedingt ja eine Zunahme von älteren Menschen, und gerade im Segment der Hochaltrigkeit ist dieser Zuwachs am größten. Deshalb braucht es Lebensumwelten, die altersgerecht sind und die den Bedürfnissen von alten Menschen entsprechend entgegenkommen.

Der Begriff Altersdiskriminierung bezeichnet eine soziale und ökonomische Benachteiligung von Einzelpersonen oder von Personengruppen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) aufgrund ihres Lebensalters. Solche Diskriminierungsgründe - im Sinne von Benachteiligung bei der Zuteilung von Chancen in verschiedensten Lebensbereichen - gibt es auch auf struktureller Ebene durch technische und bürokratische Hürden. Was meine ich damit, zwei Beispiele:

Das Finanzamt hat heuer die ArbeitnehmerInnenveranlagung auf elektronische Datenverarbeitung umgestellt. Das bedeutet, dass ältere Menschen diese Formulare nicht mehr zugeschickt bekommen. Es gibt zwei Möglichkeiten, entweder werden die Formulare persönlich abgeholt im Finanzamt oder es muss ein Finanz-Online-Account vorhanden sein. Wer wird diesen Account von den Älteren, und da spreche ich von den älteren über 70, wer wird so einen Account haben? Und wenn man auch einen PC hat, Internet hat, das ist alles so kompliziert und auch mit bestimmten Sorgen der älteren Bevölkerung verbunden, also eine wirkliche bürokratische Hürde.

Zweites Beispiel aus dem Finanzamt. Die Seniorinnen und Senioren, die auf Grund von mehreren Pensionen oder Einkünften eine Einkommenssteuervorauszahlung leisten müssen, bekommen jetzt zwar eine Benachrichtigung mit einem Hinweis, bitte Finanz Online oder Telebankingsysteme zu nutzen, bekommen aber keinen Erlagschein. Viele lesen das nicht genau, warten auf den Erlagschein, es vergeht Zeit, sie müssen Verzugszinsen zahlen.

Bei einem Zahlungsverzug – die meisten älteren Menschen lesen das Kleingedruckte nicht und warten auf den Zahlschein, der nun nicht mehr zugesendet wird – werden Verzugszinsen verrechnet. Also eine Hürde, die wahrscheinlich, oder ich nehme zumindest positiv denkend an, eine Hürde die aus Gedankenlosigkeit entstanden ist,

weil ältere Menschen einfach diesen Zugang nicht haben oder diesen Zugang nicht nützen können.

Zweites Beispiel bei den Banken. Es ist schwer, bestimmte Eingaben zu tätigen. Sobald Menschen aber die Unterstützung von Bankangestellten brauchen, müssen extra Kosten bezahlt werden. Also alle Bankkunden, und da meine ich jetzt im Speziellen die älteren Kundinnen und Kunden, müssen Automaten verwenden und das ist oft wirklich eine Hürde, die nicht sehr einfach ist.

Die demografische Entwicklung schreitet voran, deshalb braucht es hier ein Aufzeigen dieser Altersdiskriminierung, und diese infrastrukturellen Ausgrenzungen müssen entsprechend wahrgenommen werden, die Gesellschaft entsprechend sensibilisiert werden. Und natürlich diese Lebensumwelten müssen geändert werden, dass ältere Menschen am öffentlichen Leben barrierefrei teilnehmen können.

Ich stelle daher namens der SPÖ und der ÖVP folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht im Petitionswege die zuständigen Ministerien des Bundes, entsprechend dem Motivenbericht Maßnahmen zu setzen, um die technischen und bürokratischen Hürden abzubauen und generell auf eine altersgerechte Umwelt im Sinne der Bedürfnisse der älteren Menschen zu achten.

Weiters wird die Antidiskriminierungsstelle des Landes Steiermark ersucht, die im Motivenbericht aufgezeigten diskriminierenden Sachverhalte aufzuzeigen und bei den zuständigen Stellen zu intervenieren und einer Lösung zuzuführen (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Schartel** zur Dringlichkeit: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, werte Gemeinderätin! Dass dieser Antrag sehr dringlich, kann man allein an den Daten absehen, weil am 15.5. wäre die nächste Vorschreibung für diese Einkommenssteuervorauszahlung, die andere am 15.8. Ich bezweifele aber, dass das Bundesministerium für Finanzen so schnell und flott arbeiten wird. Außer die Frau Finanzministerin würde das als zusätzliches Wahlzuckerl entdecken und dadurch eine Chance besteht. Es ist genauso wie Sie es beschrieben haben, es ist natürlich eine Katastrophe, und worauf ich noch zusätzlich hinweisen möchte, bedauerlicherweise unser Finanzamt ist bei großen Steuerschuldnern sehr großzügig, aber gerade bei den kleinen Steuerschuldnern kann man gar nicht so schnell schauen, wie dann der Pfändungsexekutivbeamte vor der Tür steht und ist, glaube ich, ein zusätzlicher Schock natürlich für jene Menschen ist. Noch dazu, denke ich mir, auf der einen Seite argumentiert das Finanzamt, sie möchten gerne einsparen und auf der anderen Seite gibt es eine flächendeckende Werbung, wo man im Radio hören kann, wie toll und alles machen wir in der Finanz Online. Ich unterstelle der Finanzministerin, sie spart sich bei dieser Arbeitnehmerveranlagung von den älteren Menschen das Geld ein, damit sie toll für sich und ihr Finanzministerium Werbung machen kann. Wir werden auf alle Fälle dem Inhalt und dem Antrag zustimmen (*Applaus SPÖ und FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**: Es zeichnet sich eine mehrheitliche oder einstimmige Zustimmung ab. Ich bedanke mich dafür, möchte noch ergänzen, dass das nicht nur die ÖVP und die SPÖ alleine, sondern in Absprache mit dem Behindertenbeirat durchführt diese Initiative in Absprache mit dem Seniorenreferat und natürlich auch mit der Volksanwaltschaft. Also wir sind da wirklich dran, um diese Lösung herbeizuführen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig** zum Antrag: Ich möchte einen Abänderungsantrag einbringen. Wir finden grundsätzlich die Herangehensweise sehr wichtig und richtig. Zweifeln aber daran, dass die Antidiskriminierungsstelle die richtige Stelle ist, um Lösungen zu implementieren beziehungsweise umzusetzen und deswegen folgender Abänderungsantrag:

Der 2. Absatz des Antragstextes: „Weiters wird die Antidiskriminierungsstelle des Landes Steiermark ersucht, die im Motivenbericht aufgezeigten diskriminierenden Sachverhalte aufzuzeigen und bei den zuständigen Stellen zu intervenieren und einer Lösung zuzuführen“, soll folgendermaßen abgeändert werden:

„Weiters wird die Antidiskriminierungsstelle des Landes Steiermark ersucht, eine Stellungnahme bezüglich der im Motivenbericht aufgezeigten Sachverhalte hinsichtlich des Diskriminierungspotenzials zu verfassen und den entsprechenden Stellen des Bundes sowie dem Gemeinderat der Stadt Graz zukommen zu lassen“, also das ist das, was in den Zuständigkeitsbereich fällt. Weiters: „Frau Vizebürgermeisterin Dr.ⁱⁿ Martina Schröck wird ersucht, das SeniorInnenreferat, das in ihrem Zuständigkeitsbereich ist, damit zu beauftragen, entsprechende Defizite bei der Barrierefreiheit für ältere Menschen im Bereich des Hauses Graz – gegebenenfalls unter Hinzuziehung der Expertise des Vereins atempo – aufzuzeigen und entsprechende Maßnahmen zur Behebung dieser Defizite vorzuschlagen.“ Ich bitte um Zustimmung (*Applaus Grüne*).

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der erste Punkt des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Der zweite Punkt des Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.

8) Bürgerbeteiligungsmodell „Schau auf Graz“

GR. Ing. **Lohr** stellt namens von FPÖ und ÖVP folgenden Dringlichkeitsantrag.

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr verehrte Zuhörer! Salzburg hat heute schon als Modell hergehalten, ich gehe jetzt in eine andere Landeshauptstadt, in Linz gibt es ein gutes Projekt, das sich lohnt, auch in Graz umzusetzen. In Linz gibt es seit Jänner dieses Jahres die Internetplattform „Schau auf Linz“. Illegale Müllablagerungen, defekte Straßenbeleuchtungen, Fahrbahn- und Gehsteigschäden oder defekte Kanaldeckel, ohne Kennzeichen abgestellte KFZ, Dinge, die wir auch aus den Grazer Bezirken kennen, können dort an die Stadtverwaltung gemeldet werden. Sowohl über die Internetplattform als auch mit Hilfe einer Smartphone-Applikation leiten die Linzer Bürger die erkannten Probleme, Mängel aber auch Verbesserungsvorschläge weiter. Auf der Stadtkarte wird der Ort des Problems markiert und das Anliegen beschrieben. Zusätzlich kann ein Foto als Hilfestellung zur Fernbeurteilung mitgeschickt werden. Je nach Bearbeitungsstatus der einzelnen Meldungen werden diese auf dem Stadtplan der Homepage mit Hilfe eines Ampelsystems dargestellt.

Das Angebot wird in Linz gut angenommen, es gibt durchschnittlich 300 Meldungen pro Monat. Dass großes Interesse der Bürger an diesem Meldesystem besteht, zeigt allein schon die Zahl von bisher mehr als 32.000 Besuchern auf der Internetplattform.

Die im Vorfeld befürchtete missbräuchliche Verwendung dieser Plattform kann nach den ersten drei Monaten nicht bestätigt werden. In Graz besteht ebenso ein Bedarf für ein derartiges System, um das Service anzubieten und Wege zwischen Bürger und Verwaltung kürzer zu machen. Auf diese Weise erhalten auch die Bürger eine schnelle Rückmeldung. Wir nennen es deshalb auch ein Bürgerbeteiligungsmodell, und eine wichtige technische Voraussetzung existiert ebenso bereits mit dem Grazer Geodaten-Server.

Aus diesem Grund ergeht namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz werden ersucht, die Einrichtung einer Internetplattform samt dazugehöriger Smartphone-Applikation nach dem Vorbild „Schau auf Linz!“ zu prüfen und dem Gemeinderat über die Vorgehensweise einer möglichen Umsetzung Bericht zu erstatten.

Jetzt habe ich noch einen Zusatz zu machen, ich wurde gerade informiert, dass die ÖVP bei der Dringlichkeit mitgeht und beim Antrag und danke für die Unterstützung.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch wir sehen, dass solche Plattformen dringlich sind zunehmend im Zeitalter von Digitalisierung, von Open Gouvernement Data, von Öffnung der Verwaltung und Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern für Rückmeldungen und werden das auch unterstützen. Wir haben im Vorfeld allerdings jetzt auch schon gesprochen, dass wir

einen Zusatzantrag einbringen möchten, der basiert auch auf Diskussionen, die Inhalte Open Gouvernement Data Community auch schon zu dem Thema gekommen sind. Vorab aber nur ein Hinweis ans eigene Ressort, es gibt im Straßenamt bereits ein Pilotprojekt Traffic check heißt das, wo ein ähnliches System eingeführt würde für Ampelschaltungsrückmeldungen, wenn Ampelschaltungen als kritisch gesehen werden usw. Also eine Plattform, die bereits in Erprobung ist und wo laut dem Anbieter der Firma das auch ausweitbar ist für andere Zwecke. Also vielleicht kann man das innerhalb des eigenen Ressorts auch einmal überprüfen, was diese bisher schon bestehende Probeplattform betrifft, dass man das verwendet. Den Zusatzantrag, den ich jetzt kurz... es geht einmal darum, dass zusätzlich geprüft werden möge, welche Ressourcen die Holding Graz, die ja größtenteils davon betroffen sein wird, zur Verfügung stellen könnten, damit die gemeldeten Missstände, zumindest größtenteils, auch zeitnah behoben werden könnten. Hintergrund, wenn man Missstände melden kann und niemand kümmert sich, weil momentan kein Geld oder was auch immer, ist das, sage ich einfach, Frotzelei, vielleicht für die Bürgerinnen und Bürger, und der zweite Punkt, es möge geprüft werden, welche Maßnahmen eine Website-Administration treffen sollte, um Beiträge, die ausschließlich destruktiv sind, also Beschimpfungen usw. und nicht zur Sache gehören, einzuschränken beziehungsweise anderweitig zu beantworten. Das wäre der Zusatzantrag, den wir im Vorfeld auch schon abgesprochen haben und der Dringlichkeit und dann auch dem Inhalt werden wir zustimmen. Danke.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Stöckler** zum Antrag: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Als ich den Antrag vom

Kollegen Lohr gelesen habe, dann habe ich gedacht, ich habe ein Déjà-vu-Erlebnis, weil ich habe mich selbst in den letzten Wochen sehr intensiv damit auseinandergesetzt und ich glaube, dass das ein wirklich gutes Modell ist. Nur man muss aufpassen, es ist nicht ganz eine Einbahnstraße. Linz hat das Modell jetzt seit 22. Jänner, es wird auch gut angenommen, wir haben 30.000 Zugriffe in dieser Zeit, es gibt ganz wenige Verfehlungen. Nur hat Linz einen gewaltigen Apparat dahinter auch schon. Sie haben 20 Personen Beschwerdemanagement usw. Also diese Dinge müssen sehr wohl evaluiert werden, und wieso haben wir jetzt keinen eigenen Antrag gestellt? Es ist so, dass der Magistratsdirektor in Verbindung mit dem Bürgermeister schon für Herbst eine Evaluierung geplant hat und weiters seitens der Holding auch ein Projekt vorbereitet wird, das im Sommer kommen wird, das über die Mitarbeiter der Holding diese Software zum Einsatz kommt und dann einmal evaluiert wird, wie es vernünftig abläuft und dann wird man weitersehen. Also insofern haben wir dann auf einen eigenen Antrag verzichtet, aber wir gehen in diesem Antrag vollinhaltlich mit und bezüglich des Zusatzantrages wird der Kollege Schimautz dann Stellung nehmen. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

GR. Ing. **Lohr**: Werte Frau Vizebürgermeister! Kurzes Schlusswort. Ich bemühe mich, auch hier nicht mehr zu viel Zeit zu verbrachen. Sage einmal danke an die Kollegen, für den Antrag zeichnet sich ja eine Mehrheit ab. Nur ganz kurz. Kollegin Grabe bringt einen Zusatzantrag ein, sie will da ein paar Befürchtungen herausnehmen und sie hat da schon ganz Recht, es ist die eine Seite, dass die Dinge gemeldet werden. Natürlich müssen sie auch behoben werden und wir müssen da natürlich auch prüfen, welches Personal nötig ist, und wie wir auch hier umsetzen können, das wäre der erste Punkt, da bin ich auch dankbar. Der zweite mit dem Missbrauch, dass so eine Seite einen Administrator braucht, ist auch selbstverständlich, aber ich nehme hier noch ein Zitat vom Bürgermeister aus Linz, dort hat es ja diese Befürchtungen auch gegeben, aber

er kann diese entkräften, da sagt der Franz Dobusch aus Linz: „Vor Einführung hatten wir bedenken, dass die Plattform missbräuchlich verwendet werden könnte, das ist aber nicht der Fall. So gut wie jede Meldung hat ihre Berechtigung.“ Also die Linzer, wie gesagt, machen eine gute Erfahrung. Dann noch zum Kollegen Stöckler von der ÖVP sage ich, danke für die Unterstützung, ab und zu sind halt die Kollegen, so wie ich in dem Fall, war ich etwas schneller vielleicht mit dem Thema heraußen, aber wenn das ohnehin im Gang ist, bin ich sehr dankbar und vielleicht setzt das auch noch einmal ein bisschen einen Punkt, dass man eine Rückmeldung bekommen, dass auch der Gemeinderat informiert wird, in welchem Stand sich dieses Projekt befindet und dass wir es hier gemeinsam etwas populärer machen und danke schon im Vorhinein für die Zustimmung (*Applaus FPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag der Grünen wurde einstimmig angenommen.

9) Abschaffung des Pflegeregresses, Petition an den Landesgesetzgeber

GR. Dr. **Wohlfahrt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Es geht, nachdem das Land sich nicht durchringen konnte, den Pflegeregress abzuschaffen, sollten wir von der Stadt her vielleicht nachhelfen. Es gibt ja doch eine mehr oder minder breite Unterstützung in der Stadt und wir werden auch schauen, wie heute das Abstimmungsverhalten hier ausgeht. Das Thema selbst ist ja schon relativ bekannt.

Die Steiermark ist das einzige Bundesland, das nach wie vor am Pflegeregress festhält. Der Pflegeregress ist jedoch ein zutiefst unsolidarisches System. Bewusst unsolidarisch, nicht unsozial, da könnte man darüber reden, aber unsolidarisch ist es sicher, weil eben die Gesellschaft den zu Pflegenden, den Bedürftigen hier nicht beispringt. Menschen, die Pflege benötigen, zahlen selbst sehr viel dazu, daher ist es unverständlich, dass auch noch ihre Kinder zur Kassa gebeten werden. Dieses System führt außerdem dazu, dass alte Menschen die notwendige Pflege nicht in Anspruch nehmen, da sie ihren Kindern nicht zur Last fallen wollen. Ist vielleicht ein Argument, was ein wenig untergeht, dass es auch Menschen gibt, die durchaus mehr Pflege brauchen würden, nicht ins Heim gehen, nicht diese Pflege in Anspruch nehmen, die in einer reichen Gesellschaft zustehen sollte, weil sie eben ihre Verwandtschaft, ihre Nachkommen nicht belasten wollen.

Darüber hinaus berücksichtigt der Pflegeregress nicht die Unterhaltspflichten bei den zu Regressierenden, auch hier sollte man nachbessern beziehungsweise nachbessern brauchen wir hoffentlich nicht mehr, wir hoffen, dass wir ihn abschaffen, den Nachbesserung haben wir schon gehört und geteilt, aber eigentlich sollte man ihn abschaffen.

Viele Menschen, sowohl die pflegebedürftigen Personen selbst als auch deren Angehörige, leiden auch in Graz unter diesem System. Daher ist es wichtig, dass sich der Gemeinderat der Stadt Graz gegen dieses unsolidarische System des Pflegeregresses stellt und seine umgehende Abschaffung einfordert.

Klar ist auch, dass eine langfristige und bundeseinheitliche Sicherstellung der Finanzierung der Pflege erfolgen muss, die – analog zur Krankenversicherung, ich habe bereits darauf hingedeutet – dem Solidargedanken folgt. Das bedeutet, dass unabhängig von der individuellen Betroffenheit, Pflege in Anspruch nehmen zu müssen, Beiträge zur Sicherung der Pflege entweder in Form der Besteuerung, zum

Beispiel Erbschaftssteuer, ein Liebling von mir, die schon länger hier sitzen, es wird auch weitergehen damit oder über eine Pflegeversicherung geleistet werden. Also ich glaube, man soll generell von der Selbstfinanzierung der Pflege weg zu einem solidarischen System, die Erbschaftssteuer würde sich dafür anbieten, ich weiß schon, dass einige mit der Erbschaftssteuer schlecht leben können, aber deswegen ist es ein Beispiel für eine steuerfinanzierte Pflege.

Gleichzeitig gilt es – und auch hier ist die Steiermärkische Landesregierung gefordert – Betreuungsmöglichkeiten für pflegebedürftige Personen außerhalb der Heimstrukturen, wie beispielsweise die mobilen Dienste auszubauen. In Graz ist dieses Thema tendenziell erledigt, wir haben eine relativ gute, natürlich auch verbesserungswürdige, aber wir haben eine relativ gute mobile Krankenpflege, am Land fehlt dieses gänzlich und wahrscheinlich ist die Abschaffung vom Pflegeregress untrennbar mit einer besseren Hauskrankenpflege verbunden, sonst würden auch zu viele Leute vielleicht ins Heim gehen, was auch medizinisch und sozial nicht notwendig ist, weil eine gute Hauskrankenpflege hier sicher die sozialste, menschlichste und billigste Alternative ist.

Jedenfalls stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt am Petitionsweg an den Landesgesetzgeber heran und fordert ihn zur umgehenden Abschaffung des Pflegeregresses für Angehörige auf.

Ein wichtiger erster Schritt.

2. Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert das Land Steiermark auf, Verhandlungen mit der Bundesregierung zur langfristigen und

bundeseinheitlichen Sicherstellung der Finanzierung der Pflege im Sinne des Motiventextes zu führen.

Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.10 Uhr den Vorsitz.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Klubobmann Wohlfahrt. Wir werden als SPÖ Ihrem Antrag heute zustimmen, werden allerdings einen Abänderungsantrag einbringen, dazu später. Ich möchte eines schon ganz klar sagen, wir schaffen keine solidarische Finanzierung, nur indem wir den Angehörigenregress für Eltern und Kinder abschaffen, da sind wir uns, glaube ich, einig, weil wir haben trotzdem neue unterschiedliche Lösungen, wir haben trotzdem den Angehörigenregress im Sinne von Ehepartnern, den gibt es, wir haben die Unterhaltsverpflichtung und wir haben nach wie vor das Problem, dass es vom Glück oder Pech abhängt, dass man zur Kasse gebeten wird und das ist kein solidarisches System, dessen müssen wir uns bewusst sein. Das heißt, es ist unumgänglich, dass wir eine bundesweite Lösung haben, dass wir eine solidarische Lösung haben und dass wir eine Pflegeversicherung oder von mir aus auch eine Steuerfinanzierung machen. Und es tut mir selber weh, dass es auf Bundesebene nicht zum dringlichen Thema ernannt wird, hier endlich eine langfristige Lösung zu finden. Jetzt gibt es den Pflegefonds, der jetzt auch ausgeweitet wird, finanziell ausgeweitet wird, aber wo wir alle wissen, dass ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Denn es ist so, dass die Länder und die Kommunen irrsinnig viel hier noch ausgeben und irrsinnig viel zahlen. Ich weiß nicht, ob Sie das wissen, aber das Sozialbudget, die Ausgaben im Sozialbudget gehen zu 52 % in die stationäre Pflege der Stadt Graz. Ich denke, das ist

eine Zahl, die ist erschreckend und wir werden heute einen Abänderungsantrag einbringen, wir sind der Meinung, dass wir diese Petition nicht an das Land Steiermark stellen sollten, sondern dass wir durchaus selbstbewusst genug sein können als Stadt Graz und direkt an die Bundesregierung herantreten sollen und direkt auf Bundesebene deponieren sollten, dass es zu einer Pflegeversicherung kommen soll, weil wenn wir jetzt den Umweg über das Land gehen, das Land ist hierfür nicht zuständig, es ist Bundeskompetenz, und darum sollten wir diese Petition in dieser Sache auch direkt an den Bund richten.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verknüpfe Dringlichkeit und Inhalt in drei Sätzen. Also wir sind als KPÖ für die Dringlichkeit, sind auch für den vorliegenden Inhalt. Ich möchte hervorstreichen, dass wir als KPÖ immer gegen den Pflegeregress auch argumentieren und aufgetreten sind und im Unterschied jetzt also zu den Grünen im zweiten Punkt, wo sie quasi im Sinne des Motiventextes darauf verweisen auf die Finanzierungsformen, die sie für möglich halten, sagen wir, wir sind zwar für eine Pflegesicherung, aber nicht für eine Pflegeversicherung, weil die zur Belastung Einzelner führen wird und der Pflegefonds, den es gibt und die Speisung dessen, wissen wir, dass die finanziellen Mitteln natürlich endenwollend sind, aber es muss trotzdem diesbezüglich überlegt werden, welche anderen Möglichkeiten gibt es, um den Pflegefonds auch weiter finanzieren zu können. Also keine zusätzlichen Belastungen, das würde aus meiner Sicht sehr problematisch erscheinen. Also dem würden wir nicht zustimmen so einer Vorgangsweise (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Kopera**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, löbliche Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat, sehr geehrter Klubobmann! Wenn man sich die demographische Entwicklung in Form der Alterspyramide vorstellt, dann geht klar daraus hervor, dass das keine Pyramidenform mehr ist, wie es im 19. Jahrhundert war. Nämlich unten die Jungen und oben wenige Hochbetagte, sondern heute schaut das ungefähr aus wie der Aufriss der Venus von Willendorf nämlich oben relativ schon viele Alte, in der Mitte der dicke Bauch mit den Mittelalterlichen und unten verhältnismäßig wenig Kinder. 2050 wird das wahrscheinlich so ausschauen wie eine Glühbirne und der obere Hochbetagten-Bereich wird sehr groß sein. Dass die Lebenserwartung steigt, hat verschiedene Ursachen und ist durchaus positiv, aber es ist damit auch verbunden, dass im Laufe des Älterwerdens körperliche Veränderungen stattfinden und schließlich geragogisch gesehen viele Leute auch ins vierte Lebensalter, nämlich in die Pflegebedürftigkeit kommen. Und diese Pflege hat sich in den letzten 10/15 Jahren sehr verbessert, sie wird ständig verbessert, es sind Pflegestandards eingeführt worden, auf die ich jetzt nicht näher eingehen möchte, aber diese Pflege muss vor allem finanziert werden und deshalb weise ich mit Nachdruck auf die Dringlichkeit vor allem des zweiten Teiles dieses Antrages hin, die Lösung des Problems an höhere Instanzen weiterzuleiten. Danke (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe heute auch ein Déjà-vu, weil vor drei Jahren habe ich ja diesen dringlichen Antrag eingebracht, der den gleichen Inhalt hatte und auch damals habe ich schon gesagt, es gibt ganz wesentliche Punkte. Der erste Punkt ist, dass die

Sozialhilfe ein untaugliches Mittel ist, um die Pflege zu finanzieren, wissen wir alle. Der zweite Punkt, die Pflegefinanzierung muss sozial gerecht sein, stabil und vor allem nachhaltig gesichert werden und das Dritte ist auch ganz klar, das habe ich damals auch genauer ausgeführt, wenn wir es schaffen, eine einheitliche Pflegefinanzierung in Österreich zu erreichen, dann brauchen wir noch etwas, nämlich einheitliche Strukturqualitätskriterien für ganz Österreich. Es darf nicht sein, dass wir zwar die Finanzierung auf eine Basis stellen, aber die Qualität unterschiedlich lassen. Ein Beispiel, sehr plakativ, ich gebe es zu. In Wien ist der Personalschlüssel im Pflegebereich doppelt so hoch, ich sage jetzt ganz ketzerisch, ist der Wiener oder die Wienerin doppelt so viel wert wie die Steirerin oder der Steirer? So schaut es aus und es muss da eine Kombination geben, Finanzierung und Strukturqualitätskriterien einheitlich für ganz Österreich. Und zur Frage der Finanzierung, ob das jetzt eine Versicherung oder in Form eine Pflegefonds ist, es muss eine Pflegesicherung gegeben sein und ein Anstoß, das habe ich auch damals gesagt, wenn wir in Österreich die Vermögenssteuer auf ein Niveau heben wie im EU-Schnitt, dann hätten wir diese vier Milliarden zur Pflegesicherung. Gut, zum Inhalt, ich bitte um getrennte Abstimmung bitten und würde gerne einen Abänderungsantrag einbringen, der wie folgt lautet: „Die Stadt Graz fordert die Bundesregierung auf, raschest ein geeignetes, zukunftssicheres und nachhaltiges Finanzierungssystem für den Pflegebereich zu entwickeln.“ Ich bitte um Zustimmung (*Applaus SPÖ*).

GR. **Luttenberger**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seitens der KPÖ können und werden wir diesem Abänderungsantrag nicht zustimmen und ich möchte das auch begründen. Ich bin ehrenamtlich Arbeiterkammerrat und hatte am 11. April die Aufgabe, in der Kammervollversammlung unter anderem auch über Anträge zu beraten und da möchte ich jetzt Folgendes sagen: Die Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter hat bei dieser Kammervollversammlung einen

Dringlichkeitsantrag gestellt, der gelautet hat sinngemäß: Weg mit dem Pflegeregress und das muss im Land geschehen. Die Abstimmung war so, das wurde mehrheitlich angenommen. Auch die FSG/ÖVP hat gesagt, sie lehnen ihn nicht ab, aber sie weisen in an den Kammervorstand damit er dort noch genauer beraten wird. Ein paar Tage später haben wir im Landtag ein Sittenbild, wo dann alles umgekehrt ist. Jetzt könnte ich natürlich sagen, so ist die Politik, ist ja so. Aber man muss wissen, die FSG-Mandatare, die gleichzeitig Landtagsabgeordnete sind, haben sich weder bei der Vollversammlung der Arbeiterkammer blicken lassen noch im Landtag, außer einem, der war nicht in der Vollversammlung, aber im Landtag und da hat er für den Erhalt des Pflegeregresses gestimmt und dann muss irgendetwas passiert sein, ich kann es ja nur vermuten, offensichtlich hat dann der Herr Landeshauptmann gesagt, naja, dass muss man dann mit der Bundesregierung klären usw. und das war vielleicht ein Happen, den man da hingeworfen hat und jetzt sage ich euch noch etwas, ich bin neu, ich bin noch ein Laie in vielen Dingen, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass acht andere Bundesländer Unrecht haben und wir in der Steiermark sagen, nein, das können wir nicht lösen, da muss jetzt die Bundesregierung her und hin und her, ich habe nichts dagegen, dass die Bundesregierung sich dieses Themas auch annimmt. Übrigens muss ich sagen, vor den Nationalratswahlen explodieren ja die großen Parteien in Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, soll auch das so sein, dass sie da überlegen. Aber ich bin der Meinung, so einfach kann man das dem Land Steiermark nicht machen. Immer wenn die Reformpartnerschaft gefährdet ist, gibt es einen Pawlowschen Reflex und da gehen dann die Sachen nicht und ich empfehle dringend der sozialdemokratischen Gewerkschaftsfraktion, aber auch der SPÖ Graz, nehmt Kontakt mit dem Landeshauptmann Voves auf und tut das bereden, weil das ist schon sehr durchsichtig. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

GR. **Grossmann:** Nicht dass man so früh fertig sind mit der Gemeinderatsdebatte, also denke ich mir, melde ich mich auch zu Wort, wenn ich schon so freundlich eingeladen werde, etwas dazu zu sagen. Also in der Sozialdemokratie ist es üblich, dass man miteinander redet. Aber miteinander zu reden, heißt noch lange nicht, dass man sich auch gegenseitig dann immer von einer Meinung überzeugen kann. Manches Mal ist es halt schwierig, da gibt es unterschiedliche Auffassungen. Es hat die Gewerkschaftsfraktion eine bestimmte Auffassung zu dieser Frage, es hat die Landtagsfraktion eine bestimmte Auffassung zu dieser Frage, es hat auch die SPÖ Graz eine bestimmte Auffassung zur Frage und, Herr Kollege, wenn du der Frau Vizebürgermeisterin genau zugehört hast, dann hat sie ganz klar festgelegt, dass die SPÖ Graz eine klare Linie hat, nämlich für die Abschaffung des Pflegeregresses. Den Zusatzantrag, den Abänderungsantrag, den die Frau Kollegin Haas-Wippel eingebracht hat, der bezieht sich ja nur auf den Punkt 2 des Antrages, der uns vorliegt, da geht es eben darum, dass es uns ein Anliegen ist, die Bundesregierung direkt aufzufordern, von sich heraus aktiv zu werden. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir jene Ebene unserer staatlichen Verwaltung in die Pflicht nehmen, die tatsächlich für die Lösung dieses Problems zuständig ist. Auf der Landesebene können wir diese Fragestellung allein nicht lösen, das Land fordern wir hier und heute mit unserer Zustimmung auf, den Pflegeregress, den wir genauso wie du für unsolidarisch finden, abzuschaffen. Das ändert aber nichts an der Problematik, in der wir uns befinden, das heißt, uns ist es wichtig, jene Ebene der staatlichen Verwaltung zur eigenständigen Initiative aufzufordern, die dafür zuständig ist, das ist die Bundesebene, denn dort muss eine Lösung her für die prekäre Situation in der Pflegeversorgung und deren Finanzierung in Österreich. Das ist uns wichtig, das wollte ich auf jeden Fall eingebracht und gesagt haben. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR. **Rajakovics:** Geschätzter Antragsteller, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe dir, Gerhard Wohlfahrt, in etlichen Punkten Recht, die du im Antrag und im Motivenbericht auch formuliert hast. So auch natürlich das Lob für den Vorrang der mobilen Dienste, die wir hier in Graz ja forcieren. Auch die Notwendigkeit beim Regress vielleicht noch an ein paar Schrauben zu drehen, weil es natürlich soziale Härtefälle gibt, weil zum Beispiel jemand eine Frau, die selbst Alimentationsanspruch hätte, den aber nicht bekommt, den aber hineingerechnet bekommt und dann Unterhalt zahlen muss über den Regressweg, also da kann man sicher noch nachdenken. Aber den Regress an sich als unsozial zu bezeichnen, würde ich so nicht meinen, herauslesen zu können, weil der Regress ja sich aus etwas ganz anderem ableitet. Es gibt das ABGB und dort ist ganz klar die Unterhaltspflicht von Kindern gegenüber ihren Eltern und Großeltern festgeschrieben und die geht bis zu 22 % des Nettoeinkommens. Und ich sage nur, in der Zeit, wo wir den Regress nicht gehabt haben jetzt zwei Jahre lang, haben wir sehr wohl auch auf diese Unterhaltspflicht zurückgegriffen und die Bezirksgerichte waren sehr rigoros im Zugeständnis, wie viel denn tatsächlich ein Nettoverdiener um 1.800 Euro tatsächlich zahlen muss. Und deshalb möchte ich euch das ein bisschen auch veranschaulichen, was das bedeutet. Würde nach dem ABGB ein Medianeinkommen gerechnet in der Steiermark jemand 1.732 Euro netto verdienen, würde er 381 Euro zahlen für das Kind, für die Eltern, für den Vater oder für die Mutter. Nach dem Regressmodell jetzt zahlt ein Gleichverdienender mit 1.732 netto 173 Euro. Nach dem Modell ABGB zahlt eine Frau Nettoeinkommen 1.386 Euro, das ist der Durchschnitt zurzeit in der Steiermark, 305 Euro für die Pflege ihrer Mutter, nach dem Regressmodell zahlt sie, weil bis 1.500 netto ausgenommen, gar nichts. Also ich bin sicher nicht dafür, dass man nicht auch nachdenkt, wie man was finanziert, aber ich bin ganz sicher dafür, dass, wenn wir eine Qualität einfordern, wie auch die Kollegin Haas-Wippel das getan hat, dass wir dann irgendwoher auch das Geld zur Verfügung stellen müssen, ich würde einmal sagen, die Pflegerinnen und Pfleger, auch die Krankenschwestern und Krankenpfleger sind ja nicht überbezahlt und das ist schon zum Teil schwierig, weil wir gehört haben

auch von der Frau Stadträtin, dass ein großer Teil des Sozialbudgets ja genau für diese Pflege schon reserviert ist. Also wir dürfen uns da nicht in den Sack lügen und sagen, wir wollen zwar eine gute Qualität, wir wollen das alles haben, wissen jetzt schon, dass wir mehr als die Hälfte unseres Sozialbudget in eine Richtung ausgeben, die noch sich verstärken wird und nachher sagen wir aber, zahlen soll es niemand. Es kann sein, und ich glaube auch, dass es ein österreichweites besseres Modell geben kann, wie auch immer, über, wahrscheinlich wird nicht viel anderes gehen als über Steuererhöhungen in dem einen oder anderen Bereich, aber Faktum ist, dass, bis es so ein Modell gibt, auch wenn wir wissen, dass neun Millionen daraus das Land lukriert, dieses Regressmodell kein unsoziales ist und es ist jedenfalls sozial treffsicher, weil es ja jene ausnimmt, die besonders wenig verdienen und zwar nicht gerechnet am Mindestlohn, wie es das ABGB tut, sondern gerechnet an einem Nettoeinkommen von 1.500, das zumindest über dem liegt, was Frauen in der Steiermark durchschnittlich verdienen. Also wir werden dem Punkt 2 in Abänderungsform zustimmen, in vielem gebe ich dir im Inhalt Recht, auch was das Gespräch mit dem Land bezüglich Feinjustierung im Regress betrifft, aber wir werden dem Punkt 1, Abschaffung des Regresses, nicht zustimmen. Danke (*Applaus ÖVP*).

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Ich werde nicht wiederholen, was schon gesagt wurde und auch zur Schizophrenie der Sozialdemokratie sage ich jetzt nichts. Aber ein kleines zusätzliches Rechenbeispiel. Die anderen Bundesländer haben den Regress abgeschafft und haben vielleicht auch eine volkswirtschaftliche Rechnung angestellt. Nämlich die Frage, wer übernimmt die Arbeit, wer leistet gratis die Pflegearbeit, wenn Leute darauf verzichten, ihre Angehörigen fremdbetreuen zu lassen, weil sie Angst haben davor, das finanzieren zu müssen. Das machen Frauen, wie wir wissen, zu 99 %, diese Frauen fehlen am Arbeitsmarkt und leisten in dieser Zeit keinen Beitrag mit ihren Steuergeldern, ganz eine simple Rechnung. Das heißt, diese Gratisarbeit, die reingeht

und die unser Pflegesystem, und ich bei allen, die sagen, wir müssen auch auf Bundesebene was tun, weil das grundsätzlich momentan unsere Pflegesituation aufbaut auf der Gratisleistung von Frauen, die am Arbeitsmarkt nicht in der Lage sind, ihren Beitrag in den Steuertopf zu leisten, damit man auf der Ebene ein bisschen mehr Einnahmen hätten. Das heißt, diese Rechnung würde ich einfach nur gerne noch dazusetzen und wenn man mit einer Regresslösung den Menschen zumindest die Angst gibt, und ich kenne viele, die sagen, sie haben Angst vor dem, was sie dann berappen müssen, das ist so, wir wissen das und das haben die anderen Bundesländer genau deswegen, Thomas, genau deswegen haben sie den Regress abgeschafft, weil sie auch... also ich wollte einfach nur diese Rechnung noch dazu fügen, das Pflegesystem in Österreich passiert zu einem hohen Prozentsatz auf Gratisarbeit, die uns woanders ganz massiv als Einnahmequelle fehlt, das sage ich ganz banal und rein wirtschaftlich und ökonomisch durchgerechnet (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind natürlich schon der Meinung, dass der Bund seine Verantwortung auch zu tragen hat. Trotzdem dürfen wir die Länder nicht aus der Pflicht nehmen und die steirische Landesregierung ist die einzige, die noch an der alten Regelung festhält. Daher mein Vorschlag an die Sozialdemokratie, machen wir diesen Abänderungsantrag zum Zusatzantrag, dann haben wir beide Instanzen aufgefordert (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Wir Freiheitliche sind für die Abschaffung des Pflegeregresses. Aber das soll im Land geschehen. Unsere Töchter und Söhne bezahlen schon für das Pflegesystem in Form von Steuern, also bezahlen wir für unsere Eltern durch den Pflegeregress ja dann doppelt. Für kinderlose Bürger zahlen auch unsere Kinder,

deshalb sind wir für die Einführung einer gesetzlichen Pflegeversicherung durch den Bund (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte vielleicht einen Aspekt auch noch einwerfen, der mir durchaus wichtig ist und der mich in der ganzen Diskussion auch ein bisschen verwundert. Der wichtigste Zusammenhalt ist noch immer in der Gemeinschaft für mich die Familie und die Modelle, die wir in Österreich haben, sind unterschiedlichst. Wir haben das ABGB, wir haben unterschiedliche Modell in den jeweiligen Ländern, die Ehegatten, wenn ich so sagen darf, sind auch immer betroffen. Es geht ja nur um das Verhältnis zwischen Kindern und Eltern, über die wir jetzt debattieren und über das Verhältnis von Enkelkindern zu ihren Großeltern. Ob sie jeweils bereit sind, gegenseitig, es kann ja auch einmal umgekehrt der Fall sein, eine solche Pflege auch zu übernehmen und zwar einen gewissen Anteil davon. Und es geht mir schon auch einmal darum, einmal festzuhalten, dass es wahrscheinlich auch, und das hat die Frau Mag. Haas-Wippel wunderbar dargestellt, unterschiedliche Pflegebedingungen in Österreich haben. Wir in der Landeshauptstadt Graz haben eine sehr große Freude damit, sind mächtig stolz drauf, wie denn die Pflege und der ganze Pflegebereich sich in unseren eigenen Unternehmen, den Geriatrischen Gesundheitszentren, in der Albert-Schweitzer-Klinik, im Hospiz-Bereich entwickelt hat. Wir freuen uns auch, dass wir im Land Steiermark Qualitätsnormen bekommen haben vom selben Gesetzgeber, über den wir jetzt nämlich gerade sprechen, der auch wunderbare Effekte erzielt hat. Sowohl in räumlicher Hinsicht als auch im gesamten Pflegebereich. Das kostet alles sehr viel Geld und zwar so viel Geld, und da weiß ich nicht, ob dann die Tarife in ganz Österreich wieder gleich sind, ich habe sie noch nicht verglichen, aber es wäre auch einmal interessant, sich anzuschauen, welche Qualitäten zu welchem Preis kommen da zustande. Ich sage, in der Steiermark haben wir im Pflegebereich ein ganz, ganz hohes Niveau erreicht, das im Übrigen auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf

allen Ebenen sowohl in den privaten Einrichtungen als auch in den öffentlichen Einrichtungen fordert. Und jetzt kommt für mich der Punkt, was ich nie ganz verstehen kann ist, dass wir in unserer Gesellschaft immer augenblicklich danach rufen, dass ein gewisser Bereich gleich gar nichts mehr kosten soll, ohne auf eine soziale Gerechtigkeit auch mit unterschiedlichen Einkommen hinzuschließen. Ich persönlich habe gerade den Umstand, dass meine Mutter schwerste Pflege benötigt. Ich bin gerade, wenn ich so sagen darf, mitten drinnen in dieser Situation als Sohn und es kommt mir eigentlich schon eigenartig vor, selbstverständlich ist das Vermögen, das meine Mutter hat, in erster Linie heranzuziehen und ich sage auch, weil ich es mir leisten kann, bin ich immer bereit, den Beitrag auch als Sohn zu liefern, den auch ein Gesetzgeber von mir da einfordert. Und das, was der Thomas Rajakovics dann früher angesetzt hat, mir ist wichtig, darüber nachzudenken, ob jene Personen, die ja zum Teil gar nichts zahlen, weil irgendwann soziale Umverteilung, soziale Staffeln, ich wundere mich manchmal über das Generelle, überall ist es schon, das muss bei uns auch so sein, das darf nichts kosten, das soll schon wieder der Staat übernehmen, obwohl der Staat in Summe gerade zerbricht an allen Forderungen, die auf ihn zukommen. Und jetzt frage ich mich, ob das nicht auch, vor allem wir können ja über andere, über die Vermögenssteuer usw. können wir das schaffen, das kann ich unmittelbar zuordnen, weil ein Gutverdiener zahlt einfach diesen Betrag, Ende der Durchsage. Und ein Schlechtverdiener oder ein sozial Schwacher oder ein Einkommensschwacher muss den Beitrag gemindert bis gar nicht leisten und wir gehen, glaube ich, viel zu wenig tief in diese Sache hinein und wir glauben, dass das jetzt nur eine Bestimmung im Lande Steiermark ist. Ich habe mir die Mühe gemacht oder wir haben es gemacht und haben intensiv auch mit den Gesetzgeberkräften im Land jetzt auch noch einmal darüber debattiert und deswegen glaube ich, ist es auch wichtig, dass jene Menschen, die einen Beitrag leisten können, diesen auch zahlen sollen. Man kann darüber reden, wie die Staffeln gesetzt sind, Thomas Rajakovics hat es einmal versucht, anhand von Durchschnittseinkommen zu sagen, dass eine Frau, glaube ich, mit 1.370 Euro in etwa netto gar keinen Beitrag

noch zahlt und dass es dann losgeht mit in etwa 9 % und ich bitte das nur in unserer Diskussion, der Bund und das Land sollen das schnell wieder richten, schon auch mitzubeherrigen. Also mir ist wichtig zu sagen, ich möchte und ich werde auch einen Beitrag leisten aus dem familiären Zusammenhalt heraus und weil ich es mir auch leisten kann und über das sollten wir bei so einem generellen. Es-wird-alles-nichts-kosten wieder reden. Noch einmal, du kannst über viele Finanzierungsmodelle reden, nur das Land Steiermark hat einmal einen Beschluss jetzt gefasst, wir haben jetzt eine gesetzliche Regelung, die sogar auf sozial Schwache und einkommensschwache Personen durchaus stark Rücksicht nimmt. Da wird es Unschärfen geben, ein Beispiel, das uns eingefallen ist, eine Frau kriegt das Geld gar nicht, rennt dem nach, muss aber aufgrund des Gesamteinkommens, das sie hat, hat sie gar keine Chance, wenn ich so sagen darf, und muss zahlen, das sind Schwierigkeiten, an denen sollte man arbeiten, das ist einmal auch mein und auch unser Vorschlag, dass man das auch mit dem Landesgesetzgeber und vielleicht in späterer Folge einmal mit dem Bundesgesetzgeber diskutiert. Meine Sorge ist nur auch, weil es in acht Bundesländern schon eine Regelung gibt, wird das Engagement des Bundes eine wirklich neue Regelung zu finden, nicht mehr ganz so groß sein. Das heißt, würden sich auch andere Bundesländer nicht automatisch in diese Situation begeben, wäre vielleicht der Bund mehr gefordert, als er es jetzt im Moment auch ist (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: So ich möchte mich jetzt noch einmal ganz kurz zu Wort melden. Wir haben kein Problem damit, einen Zusatzantrag zu machen, wenn es euch so wichtig ist, dass wir auch den Weg über das Land noch einmal extra gehen. Ankommen muss diese Forderung trotzdem auf Bundesebene, auch wenn es den Umweg über das Land geht. Zur Lisa Rücker möchte ich was sagen. Ich finde es schon ein bisschen komisch, dass du uns Schizophrenie vorwirfst, wir haben als SPÖ Graz, und genau ich habe das immer ganz klar gesagt, dass ich gegen den Regress bin, das

habe ich von vorne bis hinten gesagt, dass es unterschiedliche Meinungen auf Bezirks- und Landesebene gibt, das dürfte auch den Grünen nicht ganz fremd sein. Ich erinnere nur an die Sozialraumorientierung, wo auf Landesebene von Seiten der Grünen immer eine Ablehnung da ist, wenn es um die Sozialraumorientierung in der Jugendwohlfahrt geht. Wo ich dir sehr wohl zustimme, das ist der Bereich der unbezahlten Arbeit, dass Frauen diese Arbeit machen und dass der Großteil der Pflegearbeit zu Hause passiert. Und da habe ich vor einiger Zeit schon einmal eine Diskussion angeregt, jetzt wird sich die Frau Gemeinderätin Gesek wahrscheinlich gleich wieder ärgern, aber ich finde, wir sollten wirklich einmal auf Bundesebene und langfristig planend über das Pflegegeld nachdenken. Wir sollten darüber nachdenken, wie können die Frauen, die zu Hause bleiben, und jetzt rede ich einmal nur von den Töchtern und Schwiegertöchtern, weil wie gesagt, die Ehefrauen sind ja, wenn wir den Regress in der Steiermark abschaffen, ja das wird immer verkürzt dargestellt, die sind ja trotzdem noch regresspflichtig. Aber ich würde schon gerne einmal darüber nachdenken und reden, wie kann diese unbezahlte Arbeit auch zu einer legalen Arbeit werden. Wie kann man die sozialversicherungsmäßig auch absichern. Das ist eine Debatte, die aus meiner Sicht genauso zu führen ist, weil ich die Einschätzung der Lisa Rücker teile, dass das in Wirklichkeit vollkommen ungeregelt ist und dass diese Frauen, und da kann man wirklich nur ausschließlich von Frauen reden, dem legalen Arbeitsmarkt sozusagen nicht zur Verfügung stehen. Und ich glaube, es geht in dieser Debatte nicht darum, dass wir sagen, das soll alles gratis sein und wir wollen da nichts zahlen, es gibt eine große Bereitschaft in der Bevölkerung für eine Pflegeversicherung. Die Menschen sind bereit, die sagen ja, ich bin bereit, in jungen Jahren schon einen gewissen Teil meines Einkommens wegzuzahlen und damit habe ich die Sicherheit, wenn ich dann pflegebedürftig werde, dann bekomme ich eine bestimmte Leistung. Welche Leistung auch immer das ist, das kann ein mobiler Dienst sein, das kann ein Tageszentrum sein, das kann eine stationäre Einrichtung sein und in diese Richtung müssen wir gehen. Es geht nicht darum, es muss alles gratis sein, es muss fair sein und es muss solidarisch sein und das ist die jetzige Regelung nicht, und

auch in den anderen Bundesländern wird die Debatte wieder hochkochen, weil auch in Kärnten wissen wir, in Kärnten ist die finanzielle Situation auch nicht so rosig, auch die werden das finanzieren müssen und der langfristige Ruf nach einer Pflegeversicherung, der wird ganz, ganz sicher auch in den andere Bundesländern wieder lauter werden (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir haben den Wunsch gehabt, dass aus einem Abänderungsantrag ein Zusatzantrag werden soll, dazu braucht man allerdings eine neue Formulierung, ich darf die Antragstellerin ans Rednerpult bitten.

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**: Unsere Frau Vizebürgermeisterin hat es schon angekündigt. Wir nehmen sehr gerne die Anregung der KPÖ auf und machen aus unserem Abänderer einen Zusatzantrag. Und zwar in folgendem Wortlaut. Dritter Punkt: „Die Stadt Graz fordert darüber hinaus die Bundesregierung direkt auf, raschest ein geeignetes zukunftssicheres und nachhaltiges Finanzierungssystem für den Pflegebereich zu entwickeln“ (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Danke für die Unterstützung, danke auch für die lange und sehr gute und immer besser werdende Diskussion. Ich glaube, das hat wirklich einiges auch noch klargestellt, obwohl der versprochene Sekt schon kaltgestellt ist hoffentlich, aber auch kalt bleibt noch. Ein paar kurze Anmerkungen. Die Vizebürgermeisterin hat mich ganz richtig verstanden, es geht um ein solidarisches Model, es geht um ein Gesamtmodell völlig ohne Regress, nicht nur

Angehörigenregress, also nicht nur Kinder und Eltern, sondern wirklich, dass es die Gemeinschaft finanziert. Ich glaube, wir kennen dieses Modell sehr gut aus der Krankenversicherung, ich glaube, dass Pflege auch sehr nah dort dabei ist und man kann sich einfach so etwas vorstellen wie die Krankenversicherung, dass das einfach eine normale Leistung wird. Sollte in Österreich finanzierbar sein, deswegen muss ich ein kleinwenig mit dem Thomas Rajakovics schimpfen, er hat ganz viel Recht mit den ganzen Hinweisen, nur ich habe nie gesagt, dass der Regress unsozial ist und natürlich muss man, was ich nicht gesagt habe, gebe ich gerne zu, wenn man Regress abschafft, auch die zivilrechtliche ABGB-Unterhaltsforderung abschaffen, sonst macht es keinen Sinn, das war genau das, was wir inzwischen gehabt haben, müsste ich dazusagen, völlig richtig, habe ich leider vergessen, würde eigentlich dazugehören. Aber mein Endziel ist halt wirklich, nicht nur bei den Kindern nicht zu regressieren, sondern auch generell aus öffentlichen Mitteln das zu finanzieren. Und da muss ich sagen, da bin ich ein bisschen unglücklich mit der KPÖ, die das natürlich auch will, aber irgendwo muss Geld auch herkommen, also ich kann nicht ganz ernsthaft sagen...

Zwischenruf GR. Mag. Fabisch: Erbschaftssteuer oder was auch immer. Wir sind dabei.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Ok, irgendwelche Gebühren, irgendwelche Steuern müssen auch steigen, wir können uns gerne auf die Vermögenssteuer zum Beispiel einigen oder Erbschaftssteuer oder was auch immer, das ist im Detail zu klären. Aber wenn wir hier eine zusätzliche öffentliche Leistung einführen, die wichtig ist meines Erachtens, dann müssen wir es auch noch finanzieren. Von der SP freut mich sehr, dass dieser

Abänderungsantrag in einen Zusatzantrag umgewandelt wurde, ich glaube, das ist echt gut, dass man wirklich alle Institutionen auffordern und das hinausposaunen und raustragen. Eine kleine ganz persönliche Geschichte muss ich noch anbringen und zwar zur Bevölkerungspyramide. Es ist immer noch das gute alte Bild, also so gut ist es vielleicht nicht, eine Pyramide. Gott sei Dank ist unser Volk keine Pyramide, das wäre ganz fatal, weil die Pyramide, ich sage es jetzt ganz kurz, ich erkläre es bei einem Gläschen Sekt noch einmal, die hat was zu tun mit wachsenden Bevölkerungen, das will ich nicht, dass wir jedes Jahr mehr werden, wenn wir aber stabil bleiben bei 8,2/8,5 Millionen dann ist eine Pyramide ganz was Grausliches, ich sage es nur in aller Kürze, wenn sie unten mit 100 kleinen Kindern anfangen und die nicht sterben lassen wollen, dann müssen die 100 raufwachsen und das heißt, die Pyramide ist nur ein Bild für wachsende Bevölkerungen, für stationäre ist es absolut falsch, dann heißt es Kindersterblichkeit, aber das können wir nachher noch einmal erklären. Zurück zum Antrag. Ich bitte um Unterstützung, ich habe sie schon kommen sehen, also danke für die Unterstützung und bitte um die Abstimmung (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Von Pyramiden, der Venus, den Glühbirnen jetzt zu drei Punkten. Dringlicher Antrag im ersten Punkt: Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt am Petitionsweg an den Landesgesetzgeber heran und fordert ihn zur umgehenden Abschaffung des Pflegeregresses für Angehörige auf.

Punkt 1 des Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Zweiter Punkt: Der Gemeinderat fordert das Land Steiermark auf, Verhandlungen mit der Bundesregierung zur langfristigen und bundeseinheitlichen Sicherstellung der Finanzierung der Pflege im Sinne des Motiventextes zu führen.

Punkt 2 des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt kommen wir zum Zusatzantrag. Die Stadt Graz fordert darüber hinaus die Bundesregierung direkt auf, raschest ein geeignetes zukunftssicheres und nachhaltiges Finanzierungssystem für den Pflegebereich zu entwickeln.

Zusatzantrag der SPÖ wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Jetzt muss ich noch mein Versprechen einlösen. Mein Versprechen war, dass wir drüben im Media-Center auf der Terrasse noch mit einem Gläschen anstoßen können. Wer Lust hat, es sind alle dazu herzlichst eingeladen (*allgemeiner Applaus*).